

Impulspapier Nr. 4

2023

Sicherheits-Strategien neu denken

Gewalt stoppen und überwinden!

In Israel und Palästina.

In der Ukraine.

Global.



Initiative Sicherheit neu denken

www.sicherheitneudenken.de

20.11.2023

Sicherheits-Strategien neu denken: Gewalt stoppen und überwinden!

In Israel und Palästina. In der Ukraine. Global.

1. Sicherheits-Strategien neu denken

Seit der Veröffentlichung unseres Szenarios „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“ 2018 erleben wir weltweit positive Entwicklungen, aber auch eine erschreckende Zunahme von Gewalt.

In diesem Papier reflektieren wir die Kriege in der Ukraine und in Israel/Palästina, die zunehmende Klimakrise sowie die 2023 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung und weitere Entwicklungen aus dem Geist unseres Positiv-Szenarios.

Wir blicken mit tiefem Mitgefühl und zugleich analytischer Distanz auf das Weltgeschehen und versuchen beides zu verbinden. Bitte lesen Sie unseren Trigger-Hinweis.

Wir sind an Ihrer Rückmeldung interessiert und freuen uns auf Ihre Zustimmung und/oder Ihre Anregungen:

Laden Sie uns gern ein zum gemeinsamen Austausch – Ihr Feedback bereichert unser nächstes Papier.

2. Der Anteil militärischer Sicherheitslogik an der aktuellen Multikrise - aus der Ukraine, Afghanistan, Mali, Somalia und Kenia lernen

Die unsere Welt auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs weiter prägende militärische Sicherheitslogik trägt wesentlich zur aktuellen weltweiten Multikrise bei.

Die Sicherheitsstrategien der NATO, Israels, Russlands, der Ukraine und unserer Bundesregierung blenden diesen negativen

Anteil militärischer Sicherheitslogik an der Multikrise komplett aus.

Aus negativen Erfahrungen in der Ukraine, in Afghanistan und Mali sowie aus positiven Erfahrungen in Kenia und Somalia können wir lernen.

3. Das Trauma der Gewalt im Nahen Osten durch ein klares Eintreten Deutschlands für die Beendigung der Gewalt und eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZMNO) überwinden helfen

Die mit den Traumata der Shoah und der Nakba¹ verbundene Spirale der Gewalt lässt sich nur durch ein klares Votum zur Gewaltfreiheit von außen stoppen.

Als Deutsche sind wir mit dem Trauma der Gewalt im Nahen Osten verbunden. Wir werden unserer historischen Verantwortung gerecht, wenn wir gegenüber allen Beteiligten klar und eindeutig für das Stoppen der Gewalt eintreten.

Die Spirale der Gewalt im Nahen Osten lässt sich nur mittels einer gemeinsamen regionalen Bekämpfung verbrecherischer Gewalttaten auch durch die arabischen Staaten überwinden – verbunden mit Verhandlungen und einem politischen Prozess mit dem Ziel eines gleichberechtigten Zusammenlebens der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Ein nachhaltiges Engagement der arabischen Staaten für die Sicherheit Israels ist nur möglich in Verbindung mit einer glaubwürdigen Perspektive für die Selbstbestimmung der Palästinenser*innen.

Deutschland sollte seine Kraft daher für die Gründung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZMNO) einsetzen.

4. Konflikte mit Friedenslogik anstatt mit Freund-Feind-Denken lösen

Wir können Konflikte zwischen Staaten nicht verhindern, aber wir können sie deeskalieren. Und wir können sie so austragen, dass sich für alle Seiten die Sicherheit vor Gewalt erhöht.

Einen grundsätzlichen Ausweg aus der Gewalt bietet der wissenschaftliche Ansatz zur friedenslogischen Bearbeitung von Konflikten.

5. Die weltweite Herausforderung Nr. 1 fokussieren: Die Klimakrise

Wie durch direkte Gewalt ist unsere Sicherheit weltweit insbesondere durch die Klimakrise gefährdet.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung benennt zwar die Klimakrise als internationalen Konflikttreiber und die notwendigen enormen globalen Investitionen zur ökologischen Transformation.

Doch das Festhalten an militärischer Aufrüstung verhindert national wie international das notwendige entschiedene Anpacken der Klimakrise.

Nur wenn wir weltweit unsere Kraft fokussieren und die CO-2 Emissionen systematisch herunterfahren, können wir ähnlich der Überwindung des Ozonlochs gemeinsam die Klimakrise meistern.

6. Nationale und Planetare Grenzen achten

Es ist richtig und wichtig, dem Versuch der gewaltsamen Verschiebung nationaler Grenzen durch Russland in der Ukraine entschieden zu begegnen.

Die Freiheit und Sicherheit von uns allen ist äußerst weitreichend durch das Überschreiten der ökologischen Grenzen unseres Planeten bedroht. Diese Grenzen müssen in den Strategien ebenso beachtet werden.

7. Dekolonialisierung: Verschwenderischen Lebensstil überwinden

Die aktuelle Weltordnung sichert für die reiche Oberschicht aller Länder einen Überwohlstand, der die planetaren Grenzen überschreitet. Diese Privilegien werden weltweit auch militärisch abgesichert.

Der insgesamt hohe, nicht auf alle Menschen verallgemeinerbare Lebensstandard der westlichen Staatengemeinschaft wird zu Recht als ungerecht wahrgenommen und fördert Fluchtbewegungen.

8. Internationale Beziehungen auf Augenhöhe gestalten

Die ökologischen Herausforderungen können wir weltweit nur gemeinsam meistern.

Die BRICS-Staaten streben nach internationalen Beziehungen auf Augenhöhe. Die meisten Länder des Globalen Südens haben sich den westlichen Sanktionen gegenüber Russland nicht angeschlossen, weil sie das Verhalten des Westens – auch im Ukrainekrieg – als Versuch der Beibehaltung westlicher Dominanz werten.

Wir benötigen neue Verhandlungen für eine allseits respektierte internationale Sicherheitsordnung. Chinas Global Security Initiative (GSI) ist dafür ein geeigneter Vorschlag.

9. Weltweite Versöhnung und Verständigung gestalten

Die Anerkennung der europäischen Klima- und Kolonialschuld sowie unserer Anteile an den Gewalt-Eskalationen in der Ukraine und im Nahen Osten kann Wege zu weltweiter Versöhnung und Verständigung eröffnen und ermöglicht neues Vertrauen.

10. Völkerrecht und Menschenrechte achten

Als westliche Welt / NATO missachten auch unsere Regierungen, wie andere, immer wieder Menschenrechte und das Völkerrecht – und messen bei Kriegsverbrechen Russlands und Israels zum Unverständnis des Globalen Südens mit zweierlei Maß.

Auch weigern sich sowohl die NATO-Staaten als auch Russland, China und weitere Atomwaffenstaaten bisher, die Verpflichtung und Impulse zu atomarer Abrüstung aus dem Atomwaffensperrvertrag und Atomwaffenverbotsvertrag umzusetzen. Atomwaffen sind Massenvernichtungsmittel.

Die Anerkennung und Änderung eigenen Fehlverhaltens stärken internationales Recht und Vertrauen.

11. Partizipation als Gewalt-überwindendes demokratisches Mittel

Durch eine breite demokratische Teilhabe werden gewaltfreie Lösungseinsätze für Konflikte gefördert.

Was innerstaatlich möglich ist, benötigen wir auch als internationale Norm in Richtung einer Weltinnenpolitik.

Partizipation als Gewalt-überwindendes demokratisches Mittel lässt sich nicht mittels militärischer Dominanz verbreiten. Als Grundlage benötigt sie gerechte Eigentumsverhältnisse in allen Ländern des globalen Nordens wie des globalen Südens.

12. Offene Debattenräume erhalten

Es ist wichtig, offene Debattenräume zu erhalten und zu gestalten.

Wir sollten der Versuchung widerstehen, der Last kontroverser Debatten durch Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit zu begegnen.

13. Miteinander statt gegeneinander: Gemeinsam regionale und globale Sicherheitsstrukturen ausbauen

Wir benötigen den prioritären Ausbau inklusiver und damit stabiler regionaler und globaler Sicherheitsstrukturen, die sich an den Konzepten Gemeinsamer Sicherheit statt an exklusiven Militär-Bündnissen orientieren.

Dafür bieten sich in Europa die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), und im Nahen Osten eine dort zu etablierende „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten“ (KSZMNO) an.

In diesen Strukturen und Prozessen sind Frauen- und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen umfassend zu beteiligen.

14. Weltweit kontrolliert abrüsten

Wir benötigen umfangreiche internationale Abrüstungsverträge und einen Wechsel von militärscher zu ziviler Sicherheitspolitik.

Die USA und Russland, die mehr als 90% aller Atomwaffen besitzen, müssen erneut mit wirksamen Verhandlungen zu nuklearer Risikoreduktion und nuklearer Abrüstung beginnen. Davon ausgehend sind auch die weiteren Atomwaffenstaaten wie China in die Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen.

Wie eine sozial-ökologische Entspannungspolitik in Europa und im Nahen Osten aufgebaut werden könnte, sollte im Rahmen der OSZE und einer KSZMNO verhandelt werden.



1. Sicherheits-Strategien neu denken

Seit der Veröffentlichung unseres Szenarios „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ 2018 erleben wir positive Entwicklungen, aber auch eine erschreckende Zunahme von Gewalt.

In diesem Papier reflektieren wir die Kriege in der Ukraine und in Israel/Palästina, die zunehmende Klimakrise sowie die 2023 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie und weitere Entwicklungen aus dem Geist unseres Positiv-Szenarios.

2018 hat die Badische Landeskirche ihr Szenario „Sicherheit neu denken“ veröffentlicht², das inzwischen in Deutschland und Europa von über 150 Organisationen und Initiativen unterstützt wird.³

Von den damals beschriebenen Szenarien erleben wir seitdem positive Entwicklungen wie den in Deutschland beschlossenen Kohleausstieg und Bemühungen um weltweit faire Lieferketten – doch leider mit den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten auch dramatisch negative Entwicklungen mit hohem Eskalationspotential und enormen weltweiten Folgen.

Auch die Klimakrise hat sich seit 2018 weiter verschärft, deren immense Folgen weltweit für immer mehr Menschen spürbar sind.

Angesichts dieser Entwicklungen und der zwischenzeitlichen Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie formulieren wir Anregungen, die die Möglichkeit zunehmender Sicherheit durch einen

sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel aus dem Geist des Szenarios von 2018 im aktuellen Kontext beschreiben.

Wir formulieren nicht die (eine) Wahrheit, sondern bieten Anregungen, um auch angesichts eskalierender Gewalt handlungsfähig zu bleiben.

Wir sind an Ihrer Rückmeldung interessiert und freuen uns auf Ihre Zustimmung und/oder Ihre Anregungen.

Laden Sie uns gern ein zum gemeinsamen Austausch – Ihr Feedback bereichert unser nächstes Papier.

Trigger-Hinweis:

Wir blicken mit tiefem Mitgefühl und analytischer Distanz auf das Weltgeschehen und versuchen beides zu verbinden. Unser Text kann verstörend wirken.



2. Der Anteil militärischer Sicherheitslogik an der aktuellen Multikrise - aus der Ukraine, Afghanistan, Mali, Somalia und Kenia lernen

Die unsere Welt auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs weiter prägende militärische Sicherheitslogik trägt wesentlich zur aktuellen weltweiten Multikrise bei.

Die Sicherheitsstrategien der NATO, Israels, Russlands, der Ukraine und unserer Bundesregierung blenden diesen negativen Anteil militärischer Sicherheitslogik an der Multikrise komplett aus.

Aus negativen Erfahrungen in der Ukraine, in Afghanistan und Mali sowie aus positiven Erfahrungen in Kenia und Somalia können wir lernen.

Israel

Die bisherige militärische Sicherheitspolitik Israels hat den furchtbaren Anschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 nicht verhindern können. Ein ARD-Kommentar vom 25. Oktober 2023 formuliert entsprechend:

„Durch ... eine hochgerüstete Armee, durch immer mehr Abschottung und Überwachung gibt es nicht mehr Sicherheit für Israel. Das ist die Lehre des furchtbaren Terrors vom 7. Oktober.“⁴

Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Hamas in Israel sind furchtbar und durch nichts zu rechtfertigen. Alle Opfer der Gewalt in Israel haben unser tiefes Mitgefühl.

Das gilt ebenso für die unzähligen Opfer der Gewalt und der humanitären Katastrophe im Gaza-Streifen und im Westjordanland.

Selbst US-Präsident Joe Biden warnt Israel davor, den verhängnisvollen Fehler der USA nach den Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 11. September 2001 zu wiederholen, sich bei seiner Verteidigung von Rachegefühlen leiten zu lassen und mit unverhältnismäßiger Gewalt zu reagieren⁵.

Der 2001 von den USA ausgerufene War on Terror hat weltweit zu mehreren Millionen Toten⁶ geführt.

Auch die Combatants for Peace, ehemalige Kämpfer*innen aus Israel und Palästina, formulieren:

„Da wir Teil dieses jahrhundertealten gewaltsamen Konflikts sind, kennen wir seinen Preis und seine Vergeblichkeit. Mehr als je zuvor in der Vergangenheit behaupten wir heute: Es gibt keine militärische Lösung für den Konflikt; Gewalt erzeugt Gewalt; Rache schürt Rache.“⁷

Russland

Auch Russland scheitert aktuell mit seinem menschenverachtenden Krieg in der Ukraine an seiner militärischen Sicherheitslogik.

Alle Opfer der Gewalt in der Ukraine haben unser tiefes Mitgefühl.

Ukraine

Doch auch die Ukraine und der Westen sind damit gescheitert, über eine in Aussicht gestellte weitere Ausbreitung der NATO Sicherheit zu gewährleisten.⁸

Russland, China und zahlreiche Länder des Globalen Südens betrachten die USA mit 40 % sowie die NATO insgesamt mit 53 % der weltweiten Militärausgaben (2.200 Mrd. US-\$)⁹, verbunden mit weltweit 600 bis 800 Auslands-Militärbasen der USA und ihrer seit dem Jahr 2000 geltenden militärischen „Full-Spektrum“ Dominanzstrategie¹⁰ eher als hegemoniale Bedrohung denn als Teil stabilisierender internationaler Sicherheitsarchitektur.

Russlands Krieg in der Ukraine und Chinas weltweit immer selbstbewussteres Aufrüsten und Auftreten ist aus militärischer Sicherheitslogik heraus wesentlich auch als Reaktion auf die bisherige westliche Politik und die beabsichtigte weitere Expansion der NATO nach Osten zu verstehen:¹¹

Die USA kündigten nach dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 11. September 2001 zahlreiche Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge und provozierten auch dadurch die erneute konventionelle Aufrüstung Russlands.¹²

Die 2008 von den USA durchgesetzte Zusage, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen, die missbräuchliche

Überdehnung des von China und Russland mitgetragenen UN-Mandats für den NATO-Einsatz in Libyen 2011, der Druck der EU 2013 auf die Ukraine, ihre Zollfreiheit mit Russland zu beenden, sowie die Entscheidung der Ukraine, den Pachtvertrag für die russische Marinebasis auf der Krim nicht zu verlängern, waren mit wesentliche Ursachen dafür, dass Russland 2014 die Krim annektierte und die ostukrainischen Autonomiebestrebungen militärisch unterstützte.

Die Weigerung der USA, über den Rückbau der seit 2016 in Polen und Rumänien installierten US-Raketenabwehrsysteme¹³ zu verhandeln, gehört ebenfalls zur Vorgeschichte der russischen Invasion in die Ukraine 2022.

Präsident Putin hat seit 2007 und zuletzt 2021 und 2022 vor dem Angriff auf die Ukraine gefordert, über die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhandeln – was das westliche Staatenbündnis in seiner militärischen Block-Sicherheitslogik rundweg abgelehnt hat.¹⁴

Wie wäre die Reaktion der USA, wenn in ähnlicher Weise Mexiko, angrenzend an die USA in ein Militärbündnis mit Russland oder China eintreten wollte?

Der russische Angriff auf die Ukraine kann nur verstanden werden aus der gesamten militärischen Sicherheitslogik und -dynamik seit 1990.¹⁵

Afghanistan

Die USA reagierten auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 11. September 2001 in militärischer Sicherheitslogik mit dem weltweiten „War on Terror“, also mit einer Serie von Kriegen statt mit einer UN-geführten internationalen Polizeiaktion¹⁶.

Die US-Regierung bilanzierte ihr aus dieser Logik entstandenes eigenes militärisches Desaster selbst bereits 2016. Ein 2019 veröffentlichter Bericht dokumentiert eindrücklich, wie ahnungs- und wirkungslos die US-Militärintervention in Afghanistan vom US-Militär und den für den Afghanistan-Einsatz verantwortlichen Generälen schon 2016 eingeschätzt wurde.¹⁷

Der Kommentar von tagesschau.de am 11.09.2021 zu 20 Jahre 9/11 und Krieg gegen den Terror bilanziert entsprechend: *"Fanatismus lässt sich eben nicht mit militärischer Überlegenheit und Drohnenschlägen bekämpfen."*¹⁸

Auch die Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden der Vereinigung deutscher Wissenschaftler beschreibt 2019 ebenso eindrücklich wie unser Rethinking Security Report 2022, dass die Annahme, *„robuste Militärinterventionen könnten dabei helfen, Konflikte im Globalen Süden zu lösen, ein Mythos ist.“*¹⁹

Die aktuellen nationalen Sicherheitsstrategien Israels, Russlands, der Ukraine und unserer Bundesregierung blenden den negativen Anteil militärischer Sicherheitslogik an der Multikrise komplett aus.

Lernchancen

Wir können jedoch aus den negativen Erfahrungen in der Ukraine, in Afghanistan und Mali sowie aus positiven Erfahrungen in Kenia und Somalia lernen.

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) haben die Situation in Afghanistan bereits im Jahr 2010 analysiert und einige allgemeine Lehren gezogen, die sie in zehn Thesen zusammengefasst haben.

Sie kommen zu dem Schluss, dass eine Neuorientierung der Politik hin zu einem konsequenten Ausbau der nicht-militärischen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung unerlässlich ist.²⁰

Auch im Aufruf zivilgesellschaftlicher Organisationen vom Oktober 2001 heißt es bereits:

„Krieg kann keine Konflikte lösen. Terrorismus lässt sich nicht dadurch bekämpfen. Dem Terrorismus muss der wirtschaftliche, soziale, politische und ideologische Nährboden entzogen werden, auf dem er gedeiht. Kein Raketenabwehrsystem, keine noch so gut gerüstete Armee und keine noch so großen inneren Sicherheitsmaßnahmen werden uns vor solchen Anschlägen schützen können.“

*Mehr Sicherheit erreichen wir nur durch Abrüstung, die Stärkung des internationalen Rechts und durch mehr soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Welt.“*²¹

Möglichkeiten ziviler, nicht-militärischer Konfliktbearbeitung in Afghanistan zeigte darüber hinaus bereits 2009 ein Monitoring-Projekt der Kooperation für den Frieden auf.²²

Auch Harald Lesch beleuchtet neue Erkenntnisse aus der Friedensforschung: *Wie lassen sich Kriege beenden oder in Zukunft sogar ganz vermeiden?*²³

Mali

Levinia Addae-Mensah vom West Africa Network for Peacebuilding formulierte auf der Jahrestagung des Beirats der Bundesregierung für Zivile Krisenprävention und Friedensförderung am 2.10.2020 grundlegende Anforderungen zur Lösung der Krisen im Sahel.²⁴ Auch der MSC-Bericht der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 zeigt anschaulich auf, dass es in Mali und im Sahel andere als militärische Mittel braucht.²⁵

Laut des in Mali aktiven und sehr gut vernetzten Zivilen Friedensdienstes sollte der Frieden in Mali und im Sahel ausgehend von der dortigen Zivilgesellschaft gemeinsam mit staatlichen Strukturen aufgebaut werden. Internationale Militärmissionen scheitern demzufolge regelmäßig nicht, weil sie im Einzelfall schlecht durchgeführt werden, sondern weil sie nicht zu dieser Art konstruktiven Gesellschafts-Aufbaus beitragen und stattdessen Radikalisierung fördern.²⁶

Kenia und Somalia

Erfahrungen aus Somalia und Kenia belegen die nachhaltige Wirksamkeit ziviler Kriseninterventionen auch in hoch eskalierten Konflikten.

So konnten im Norden Somalias (Somaliland) nach der erfolglosen internationalen Militärintervention seit 1995 durch von Europa unterstützte gewaltfreie Akteur*innen stabile demokratische Verhältnisse geschaffen werden - mit wiederholten gewaltfreien Regierungswechseln und hoher allgemeiner Sicherheit für die Bevölkerung.²⁷

„Die Israelis haben nicht sechs Millionen Palästinenser getötet, und die Palästinenser haben, anders als die Deutschen, nicht sechs Millionen Juden ermordet.

Und trotzdem sind Israel und Deutschland heute befreundete Nationen, es gibt einen deutschen Botschafter in Tel Aviv und einen israelischen Botschafter in Berlin.

Was heißt das? Es heißt, wir können es auch schaffen. Alles, was wir dafür brauchen, sind mutige Anführer, die uns entschlossen vom Grauen und vom Schmerz der Vergangenheit wegführen.“

Der Palästinenser Bassam Aramin ²⁸

3. Das Trauma der Gewalt im Nahen Osten durch ein klares Eintreten Deutschlands für die Beendigung der Gewalt und eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZMNO) überwinden helfen

Die mit den Traumata der Shoah und der Nakba²⁹ verbundene Spirale der Gewalt lässt sich nur durch ein klares Votum für Gewaltfreiheit von außen stoppen.

Als Deutsche sind wir mit dem Trauma der Gewalt im Nahen Osten verbunden. Wir werden unserer historischen Verantwortung gerecht, wenn wir gegenüber allen Beteiligten klar und eindeutig für das Stoppen und die Überwindung der Gewalt eintreten.

Die Spirale der Gewalt im Nahen Osten lässt sich nur mittels einer gemeinsamen regionalen Bekämpfung verbrecherischer Gewalttaten auch durch die arabischen Staaten verbunden mit Verhandlungen und einem politischen Prozess mit dem Ziel eines gleichberechtigten Zusammenlebens der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung überwinden.

Ein nachhaltiges Engagement der arabischen Staaten für die Sicherheit Israels ist nur möglich in Verbindung mit einer glaubwürdigen Perspektive für die Selbstbestimmung der Palästinenser*innen.

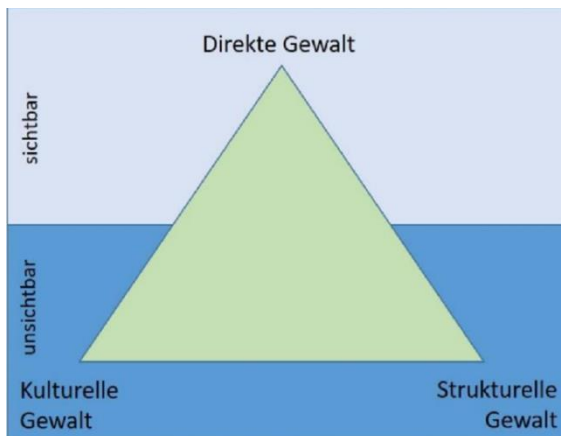
Deutschland sollte seine Kraft daher für die Gründung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZMNO) einsetzen.

Der menschenverachtende Gewaltanschlag der Hamas auf Israel mit der Tötung, Verletzung und Geiselnahme unzähliger Zivilist*innen vom Oktober 2023 ist furchtbar und durch nichts zu rechtfertigen. Alle Opfer der Gewalt in Israel haben unser tiefes Mitgefühl. Das gilt ebenso für die unzähligen zivilen Opfer im Gaza-Streifen und im Westjordanland.

Es erscheint offensichtlich, dass im Israel-Palästina-Konflikt Gewalt an sich das

zentrale Problem, die zentrale Herausforderung ist. Die direkte Gewalt beider Seiten, der Hamas und Israels, trifft erneut unzählige Zivilist*innen.

Sichtbare direkte Gewalt hängt nach Erkenntnissen der Friedens- und Konfliktforschung oft mit weniger sichtbaren Formen der Gewalt zusammen, mit Formen kultureller bzw. struktureller Gewalt.³⁰



Die Traumata der Shoah und der Nakba

Wesentlicher als in anderen Konflikten tragen im Israel-Palästina-Konflikt die unverarbeiteten Traumata der Shoah und der Nakba zur wiederkehrenden Eskalation der Gewalt bei.

Der israelische Psychologe Dan Bar-On schreibt:³¹

„Um die tieferen Schichten der palästinensisch-israelischen Auseinandersetzung zu begreifen, ist es notwendig, auch die psychologische Ebene zu erfassen. Shoah und Nakba stellen für beide Bevölkerungsgruppen unaufgearbeitete Traumata dar, die, über Generationen weitergereicht, bis heute wirken.“

Wir haben eine dominante Haltung gegenüber den Palästinensern, die Machtverhältnisse sind asymmetrisch (...) Zugleich haben wir aber auch Angst, dass die Palästinenser die Nachfolger derer sein könnten, die uns in Europa verfolgt haben.“

Es bestehen zwei gegensätzliche Ungleichheiten: das physische Ungleichgewicht am Ort, unsere Kontrolle über die Palästinenser; und das zweite Ungleichgewicht unserer Angst vor ihnen. Wenn man diese beiden Missverhältnisse nicht begreift, kann man auch nicht verstehen, warum dieser Konflikt kein Ende nimmt.“

Weil die israelische Gesellschaft im Trauma der Shoa und die palästinensische Gesellschaft im Trauma der Nakba gefangen sind³², kann die mit diesen

Traumata verbundene Spirale der Gewalt nur durch eine unterstützende Intervention von außen durchbrochen werden.

Gideon Levy von der israelischen Tageszeitung Haaretz hat dies im Tagesthemen-Interview am 7.11.2023 so ausgedrückt³³:

Eine Perspektive für die Zukunft gebe es nur, „wenn die internationale Gemeinschaft sich an Israel und an die Palästinenser wendet, um zu sagen ‚Genug ist genug. Jetzt ist es Zeit für eine Lösung.‘

Man braucht etwas, was grundlegend gerecht auch für die Palästinenser ist. Sonst werden wir niemals sicher sein.“

Als Deutsche sind wir mit dem Trauma der Gewalt im Nahen Osten historisch verbunden.³⁴ Wir werden unserer historischen Verantwortung für dieses fortbestehende Trauma der Gewalt gerecht, wenn wir gegenüber allen Beteiligten klar und eindeutig für das Stoppen und die Überwindung der Gewalt eintreten.

Die Gewaltverbrechen der Hamas lassen sich nur mittels einer gemeinsamen regionalen Bekämpfung verbrecherischer Gewalt unter Beteiligung der arabischen Staaten überwinden.

Ein nachhaltiges Engagement der arabischen Staaten für die Sicherheit Israels und eine nachhaltige Überwindung der verbrecherischen Gewalt der Hamas ist nur möglich in Verbindung mit einer glaubwürdigen Perspektive für die Selbstbestimmung der Palästinenser*innen: *„Sicherheit für Israel bringen Perspektiven für die Palästinenserinnen und Palästinenser: Echte Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen. Und ja: auch auf einen eigenen Staat. Das entzieht dem Terror den Nährboden.“* (ARD-Kommentar v. 25.10.23.)³⁵

Deutschland sollte daher seine ganze Kraft für den sofortigen Stopp der Gewalt auf beiden Seiten und zur nachhaltigen Überwindung der Gewalt durch die Gründung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) nach dem Vorbild der KSZE³⁶ einsetzen. 2020 wurde die Idee einer KSZMNO u.a. von António Guterres im UN-Sicherheitsrat befürwortet.³⁷



4. Konflikte mit Friedenslogik anstatt mit Freund-Feind-Denken lösen

Wir können Konflikte zwischen Staaten nicht verhindern, aber wir können sie de-eskalieren. Und wir können sie so austragen, dass sich für alle Seiten die Sicherheit vor Gewalt erhöht.

Einen grundsätzlichen Ausweg aus der Gewalt bietet der wissenschaftliche Ansatz zur friedenslogischen Bearbeitung von Konflikten.

	▼ SICHERHEITSLOGIK	▼ FRIEDENSLOGIK
Was ist das Problem?	<p>Bedrohung, Gefahr, Unsicherheit <i>Handlungen orientieren sich an:</i> Gefahrenabwehr und Verteidigung</p>	<p>Gewalt, die stattfindet oder bevorsteht <i>Handlungen orientieren sich an:</i> Gewaltprävention und Gewaltabbau</p>
Wodurch ist das Problem entstanden?	<p>Durch Andere / von außen kommend <i>Handlungen zielen auf:</i> Schuldzuschreibung, Wahrung eigener Interessen</p>	<p>Als Folge komplexer Konflikte <i>Handlungen zielen auf:</i> Konflikttransformation auf der Grundlage einer komplexen Konfliktanalyse – eigene Konflikttanteile einbeziehend</p>
Wie wird das Problem bearbeitet?	<p>Durch Verteidigung und Selbstschutz <i>Handlungsansätze sind:</i> Abschottung, Ausbau des Sicherheitsapparats, Drohungen bis hin zum Einsatz von Gewaltmitteln</p>	<p>Durch kooperative Konfliktbearbeitung <i>Handlungsansätze sind:</i> Deeskalation, Schutzmaßnahmen für Opfer, gewaltlose Konfliktbearbeitung – dialogverträglich und prozessorientiert</p>
Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt?	<p>Mit dem Vorrang eigener Interessen <i>Rechtfertigung führt zu:</i> Relativierung, Unterordnung und Anpassung von Normen an eigene Interessen</p>	<p>Mit der Universalität von Menschen- und Völkerrecht <i>Rechtfertigung führt zu:</i> Werteorientierter Hinterfragung eigener Interessen und ihre Modifikation im Sinne der globalen Normen</p>
Wie wird auf Scheitern und Misserfolg reagiert?	<p>Mit Selbstbestätigung, ohne Selbstkritik <i>Handlungsfolge ist:</i> Verschärfung der bisher eingesetzten Mittel oder Rückzug in die Passivität</p>	<p>Mit offener, kritischer Reflexion <i>Handlungsfolge ist:</i> Einräumung von Problemen bzw. Fehlern und Suche nach gewaltfreien Alternativen</p>

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach beschreibt, wie internationale Konflikte grundsätzlich mit friedenslogischem Denken und Handeln gelöst werden können:

„Es wäre weltfremd unser Leben vor Konflikten bewahren zu wollen. Realistisch ist dagegen, Frieden in Verbindung mit Konflikt zu denken. Das gilt auch für die Sicherheitspolitik. Wir können Konflikte zwischen Staaten nicht verhindern, aber wir können sie deeskalieren. Und wir können sie so austragen, dass sich für alle Seiten die Sicherheit vor Gewalt erhöht.

Dazu brauchen wir politische Strukturen. Wenn von einer Sicherheitsarchitektur die Rede ist, dann geht es um Strukturen, die eine bestimmte Wirkung auf das Konfliktgeschehen haben. Friedenspolitisch wirken sie dann, wenn sie den Staaten folgendes abverlangen:

1. *Gewalthandlungen und Drohungen zu unterlassen,*
2. *Recht anzuerkennen,*
3. *Empathie und*
4. *Solidarität zu praktizieren,*
5. *das Zusammenleben mitverantwortlich zu gestalten und*
6. *eine Kultur des Friedens zu entwickeln. Jeder kann mitmachen.*

Wenn Staaten aufrüsten, um einander vor Übergriffen abzuschrecken, verschlechtern sie die Sicherheitsstruktur. Sie machen sich wechselseitig zu Gegnern. Sie verschärfen den Konflikt. Sie investieren in Strukturen, die Gewaltbereitschaft fördern.

Wenn Staaten dagegen einen Vertrag über Abrüstung schließen, stärken sie die Sicherheitsarchitektur. Wenn sie ein Verfahren vereinbaren, mit dem sie strittige Fragen klären können, pflastern sie einen Weg für einen konstruktiven Konfliktaustrag.

Ebenso, wenn sie es ihrer Bevölkerung erleichtern, einander kennenzulernen, dass sie als Menschen miteinander solidarisch sein können.

Fünf Handlungsprinzipien können bei diesen Schritten als eine Art Kompass dienen:

1. Prinzip Gewaltprävention

Sicherheit friedenspolitisch zu denken, heißt immer das Tor zur Gewalt zu verschließen. Keine Gewalt. Das ist das Ziel. Es gilt unbedingt.

2. Prinzip Konflikttransformation

Sicherheit friedenspolitisch zu denken, heißt zu verstehen, wie Unsicherheit entsteht. Sie entsteht aus Konfliktkonstellationen. Gewaltprävention verschließt das Tor zur Gewalt, Konflikttransformation öffnet das Tor zu einem Friedensweg aus diesen Konflikten.

Nach und nach werden aus Konfliktgegnern Weggefährten und Kooperationspartner. Damit das geschieht, müssen alle Seiten ihre Ziele, Haltungen und ihr Verhalten selbst korrigieren. Sie dürfen nicht darauf warten, bis alle anderen das getan haben.

Es geht also nur über einseitige Initiativen. Auch die Entspannungspolitik hat in den 1960er Jahren im Westen begonnen. Gerade wenn man vom politischen System in Russland wenig hält, ist es ganz unrealistisch, auf eine Initiative von Putin zu warten und sich zu beschweren, dass sie nicht kommt.

3. Prinzip: Alle Mittel müssen dialogverträglich sein.

Sicherheit friedenspolitisch zu denken, heißt zu begreifen, dass es immer darauf ankommt, den Dialog zu pflegen, und zwar gerade dann, wenn die Konfliktsituation sich verschärft. Das ist weder eine Belohnung für Wohlverhalten noch eine Form oder Tatenlosigkeit. Es ist eine komplexe Arbeit, die allen Beteiligten viel abverlangt.

Es gibt heute eine große Vielfalt von zivilen Mitteln. Mediation und Vermittlung sind nur zwei Beispiele. Es ist gut, dass das Aus-

wärtige Amt seine Fähigkeiten zur Mediation ausgebaut hat. Es sind aber keine großen Hürden zu überwinden, um hier noch mehr zu tun.

Ein Einwand ist oft zu hören: Manchmal helfen die vorhandenen zivilen, dialogischen Mittel nicht. Das stimmt. Allerdings werden sie durch Zwang und Gewalt nicht wirksamer.

Die Schlussfolgerung ist: Man muss diese Mittel verbessern! Unsummen werden ausgegeben, um die Präzision von Waffensystemen zu steigern. Wer fürchtet, dass die vorhandenen zivilen Mittel nicht ausreichen, muss für einen regulären Etat sorgen, um sie wirksamer zu machen.

4. Prinzip: Normorientierte Interessenentwicklung

Sicherheit friedenspolitisch zu denken, heißt sie den internationalen Normen anzupassen. Der Atomwaffensperrvertrag gilt. Der Atomwaffenverbotsvertrag gilt. Und es gibt auch internationale Normen zur Beschränkung des Rüstungsexports. Sie geben den Rahmen vor, in den Staaten ihre berechtigten Sicherheitsinteressen einpassen müssen. Also Sicherheit, ohne atomare Abschreckung, Sicherheit ohne Waffenhandel. Das geht. Aber dem stehen mächtige Interessen entgegen.

Am Beispiel der Rüstungskonversion ist allerdings gut erforscht, wie die Interessen an Arbeitsplätzen, Gewinnen und technischem Fortschritt so entwickelt werden können, dass sie internationalen Normen entsprechen.

5. Prinzip Fehlerfreundlichkeit

Sicherheitspolitik friedenspolitisch denken, heißt auch, mit Misserfolgen und Fehleinschätzungen zu rechnen. Deswegen muss Sicherheitspolitik fehlerfreundlich angelegt werden. Bei atomarer Rüstung ist das nahezu unmöglich. Auch militärische Interventionen scheinen gegen die Wahrnehmung von Fehlern immun.

Die Selbstimmunisierung gegen die Wahrnehmung von Fehlern ist ein Grundzug der gegenwärtigen Sicherheitspolitik.

Vor 20 Jahren haben nur wenige für möglich gehalten, wie konfrontativ sich die Beziehungen zu Russland wieder entwickeln würden. Warnende Stimmen wurden überhört.

Man kann daraus etwas lernen: Frieden hat man nicht. Frieden muss man kontinuierlich machen. Das gilt auch für eine friedenspolitisch orientierte Sicherheitspolitik. Man muss sie ständig neu denken und neu machen.“³⁸



5. Die richtige Herausforderung Nr. 1 fokussieren: Die Klimakrise

Wie durch direkte Gewalt ist unsere Sicherheit weltweit insbesondere durch die Klimakrise gefährdet.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung (NSS) benennt zwar die Klimakrise als internationalen Konflikttreiber³⁹ und die notwendigen enormen globalen Investitionen zur ökologischen Transformation⁴⁰.

Doch die finanzielle Konzentration auf militärische Aufrüstung verhindert eine den ökologischen Herausforderungen angemessene realistische Gesamtstrategie.

Nur wenn wir weltweit unsere Kraft fokussieren und die CO-2 Emissionen systematisch herunterfahren, können wir ähnlich der Überwindung des Ozonlochs gemeinsam die Klimakrise meistern.

Allein in Deutschland sind in den drei Sommern 2018 bis 2020 rechnerisch mehr als 19.000 Menschen aufgrund der Hitze gestorben.⁴¹ In Europa werden über 60.000 hitzebezogene Todesfälle pro Jahr verzeichnet.⁴²

Die Klimakrise ist eine ernstzunehmende Bedrohung für unsere Gesundheit. Hitze, Trockenheit, Starkregen – das Risiko für extreme Wetterphänomene in Deutschland ist stark gestiegen. Laut einem Szenario des Bundes sind immer mehr Regionen und Lebensbereiche vom Klimawandel bedroht.⁴³

Benannt werden u.a. tödliche Hitzebelastung besonders in Städten, Wassermangel in Böden und schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft, etwa durch sogenannte Extremwetterereignisse. Die Schäden wirken sich in einem Dominoeffekt von bereits heute stark belasteten Ökosystemen wie Böden, Wäldern und Gewässern hin zum Menschen und seiner Gesundheit aus. Fast alle deutschen Landkreise und kreisfreien Städte rechnen in den kommenden Jahren mit mehr extremen Wetterereignissen – und hohen Schäden.⁴⁴

Über 130 Menschen haben durch die Sturzflut im Ahrtal 2021 auf tragische

Weise ihr Leben verloren. Schätzungen zufolge entstanden hierbei Schäden in Höhe von 33 Milliarden Euro; weitere 13 Milliarden Euro durch Sturzfluten in Nachbarstaaten.⁴⁵

„Der Klimawandel stellt darüber hinaus das zentrale Sicherheitsrisiko für die Menschen in Europa und weltweit dar. Um Frieden in Europa zu fördern und Klimasicherheit herzustellen, sind ambitionierte Emissionsreduktionen, internationale Kooperationen zur Klimaanpassung und ein integrierter politischer Ansatz zwingend erforderlich.

Das Risiko verheerender Waldbrände steigt, Hitzewellen und der Meeresspiegelanstieg bedrohen Menschen, Städte, Infrastrukturen und Industrien. Weltweit leben schätzungsweise 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen in für den Klimawandel sehr anfälligen Gebieten. Ihnen droht der Verlust ihrer Heimat und ihrer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen durch Überschwemmung oder Desertifikation sowie die Gefährdung durch Infektionskrankheiten, welche aufgrund der Erderwärmung in neuen Gebieten endemisch werden.“⁴⁶ So meldete China 2023 einen Hitzerekord von über 52 Grad.⁴⁷

Auch Abschlussberichte der G7 sowie eine Studie des Beirats Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung benennen die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels und des mit ihm verbundenen Verlustes von Biodiversität für den internationalen Frieden und Stabilität.⁴⁸

„Die direkten und indirekten Folgen des Klimawandels betreffen fragile Staaten des globalen Südens besonders stark. Gleichzeitig sind die dadurch ausgelösten indirekten Klimafolgen von globaler Relevanz. Wenn der Klimawandel internationale Migration verstärkt oder zu geopolitischen Spannungen in einer auftauenden Arktis beiträgt, dann betrifft er Länder weit über den ursprünglichen Ort seines Einschlags hinaus.

Dies bedeutet, dass Klimasicherheit unbedingt die weltweite Sicherheit von Individuen und Gruppen gegenüber der konventionellen Sicherung von Territorien und

nationalem Interesse in den Vordergrund stellen sollte.“⁴⁹

Der Klimawandel führt im globalen Süden zu extremer Armut in Form einer Armutsfalle und verstärkt Ungleichheit, warnt Walter Leal, Leitautor des IPCC-Weltklimaberichts 2022: *„Diesem Report zufolge setzen zunehmende Wetter- und Klimaextreme Millionen von Menschen einer akuten Ernährungsunsicherheit und einer verminderten Wasserversorgung aus.*

Wir erleben ein Paradox. Zwar sind die Industrieländer der Nordhalbkugel für den Großteil der CO₂-Emissionen verantwortlich, aber die anderen Länder sind die Leidtragenden.“⁵⁰

Bis zu 3,6 Milliarden Menschen sind laut diesem IPCC-Bericht mit Blick auf den Klimawandel besonders verwundbar. Doch nicht nur das: Diese Verwundbaren sind auch unverhältnismäßig stark vom Klimawandel betroffen. Zwischen 2010 und 2020 war die durch Überschwemmungen, Dürren und Stürme verursachte Sterblichkeit in besonders verwundbaren Regionen 15-mal höher als in Regionen mit sehr geringer Verwundbarkeit.⁵¹

Die Zusagen der Staaten beim Klimaschutz reichen laut des 6. IPCC-Teilberichts 2023 nicht aus: Für das 1,5-Grad-Ziel müssten die Emissionen spätestens 2025 sinken.⁵²

Für die Bundesregierung ist das *„heutige Russland ... auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum.“⁵³ Doch tatsächlich ist die zunehmende Erd-Erhitzung mit ihren Folgen zusammen mit den anderen ökologischen Gefährdungen strategisch die weitaus größere Herausforderung.*

In der NSS werden zahlreiche beabsichtigte deutsche Beiträge zu den weltweit notwendigen Investitionen aufgelistet, doch diese bleiben leider angesichts des benannten generellen Haushaltsvorbehalts (*„streben wir an, die Aufgaben dieser Strategie ohne zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts insgesamt zu bewältigen“⁵⁴*) Makulatur: *„Ohne Preisschild bleibt die NSS ein schön zu lesendes Stück Politprosa – mehr aber nicht.“⁵⁵*

„Zudem steigt in Folge des russischen Einmarschs der ohnehin massive globale CO₂-Fußabdruck des militärischen Sektors weiter an. Die klimatischen Auswirkungen von Kriegen können so katastrophale Ausmaße annehmen. Eine Studie von der Organisation Oil Change International ergab, dass der 2003 begonnene Irakkrieg 141 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen hat. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 emittierten nur sechs EU-Länder mehr CO₂-Äquivalent – 21 Staaten weniger.“

Trotzdem wurde der CO₂-Ausstoß des Militärs auf Druck der USA in Klimaabkommen wie dem Kyoto-Protokoll 1997 und dem Pariser Klimaschutzabkommen 2015 ausgeklammert.⁵⁶

Überdies geht der Wiederaufbau nach einem Krieg mit einem hohen Verbrauch an Emissionen einher. In Syrien wird dieser schätzungsweise 22 Millionen Tonnen CO₂ freisetzen.⁵⁷ Der Wiederaufbau der Ukraine wird ebenso enorme Ressourcen beanspruchen.

Einer Studie der Brown University, Neta Crawford, zufolge trägt das US-Verteidigungsministerium allein mehr zur Klimakrise bei als Länder wie Schweden oder Portugal.⁵⁸ Damit ist es der weltweit größte institutionelle Verursacher von Treibhausgasen. Einer Studie der *Scientists for Global Responsibility* zufolge ist der CO₂-Ausstoß des Militärs für ca. 5,5 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich.⁵⁹

Deutschlands Militär hat bereits im Jahr 2019 circa 4,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen, und damit wesentlich mehr als der innerdeutsche Flugverkehr mit 2,5 Millionen Tonnen.⁶⁰

Allein eines der von Lockheed Martin geordneten F-35-Kampfflugzeuge produziert mit einer einzigen Tankfüllung circa 28 Tonnen CO₂-Äquivalent. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in Deutschland liegt bei 11,2 Tonnen pro Jahr.“⁶¹

Auch die weitere weltweite Aufrüstung treibt die Klimakrise an. Laut der Studie *Climate Crossfire* haben die NATO-Staaten im Jahr 2021 allein durch ihre Armeen und deren Infrastruktur fast 200 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen produziert. Das ist mehr als ein Viertel dessen, was ganz Deutschland 2022 insgesamt an Treibhausgasen ausgestoßen hat.

Das erklärte Ziel der NATO, dass alle Mitgliedsstaaten der Allianz mindestens 2% ihres BIPs für Verteidigung ausgeben, wird 2,6 Billionen Dollar kosten, die – wenn man die aktuelle Erfahrung in Deutschland zugrunde legt, dann zur Bekämpfung der Klimakrise und der weltweiten Ungleichheit fehlen.⁶²

Steigende Verteidigungsetats auf der einen Seite haben zudem vermehrte Aufrüstung auf der anderen Seite zur Folge. Eine toxische Spirale für das Klima. Den Kampf gegen die Klimakrise können wir nur gemeinsam stemmen.

Nur wenn wir weltweit unsere Kraft fokussieren, können wir ähnlich der Überwindung des Ozonlochs gemeinsam die Klimakrise meistern.⁶³

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 ist ebenfalls ein Beispiel für gelungene normorientierte Interessensentwicklung auf globaler Ebene.



6. Nationale und Planetare Grenzen achten

Es ist richtig und wichtig, dem Versuch der gewaltsamen Verschiebung nationaler Grenzen durch Russland in der Ukraine zu begegnen.

Die Freiheit und Sicherheit von uns allen ist äußerst weitreichend durch das Überschreiten der ökologischen Grenzen unseres Planeten bedroht. Diese Grenzen müssen in den Strategien ebenso beachtet werden.

Nationale Grenzen sind seit langem ein zentraler Baustein der internationalen Sicherheits- und Friedensordnung. Entsprechend der UN-Charta hat die Ukraine das völkerrechtlich verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung, andere Staaten können ihr militärisch beistehen.

Es stellt sich jedoch zunehmend die Frage, ob dies angesichts des großen menschlichen Leids, der massiven Zerstörungen, Verwüstungen und Eskalationsgefahren verhältnismäßig und zielführend ist. Das Selbstverteidigungsrecht ist in der UN-Charta und den Resolutionen der UN-Generalversammlung zudem mit einer Pflicht zu gleichzeitigen Verhandlungsbemühungen verbunden.⁶⁴

Die dichotomische Konfliktbetrachtung – entweder einen Verteidigungskrieg führen oder sich unterwerfen – führt regelmäßig in die Eskalation.

Die Theorie und die positiven Erfahrungen gewaltfreier Konfliktaustragung und -beilegung im Rahmen gemeinsamer Sicherheitspolitik zeigen andere erfolgversprechende Wege auf.

Die Freiheit unserer westlichen Staatengemeinschaft ist dauerhaft weitreichender durch das bereits jetzt stattfindende Überschreiten der ökologischen Grenzen unseres Planeten als durch Russland und China bedroht. Dies erfordert eine viel stärkere strategische Konsequenz.⁶⁵

Das Konzept der Planetaren Grenzen definiert Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn Leben auf der Erde dauerhaft möglich sein soll. Für die Erderwärmung, einschließlich der Erwärmung der Ozeane und den Verlust der Artenvielfalt gibt es Grenzen, sogenannte Kippunkte, die nicht überschritten werden dürfen.

Diese Kippunkte lassen sich aber erst im Nachhinein definieren, also erst nachdem sie erreicht wurden. Das Problem: Sind diese Kippunkte erst einmal überschritten, gibt es kein Zurück mehr.⁶⁶

Überschritten sind nach einer am 14.09.2023 veröffentlichten internationalen Studie bereits 6 von 9 planetaren Grenzen der Erde: bei der globalen Erwärmung, der Biosphäre, der Entwaldung, den Stickstoffkreisläufen, der Einbringung von Schadstoffen und beim Süßwasser. Der Druck auf diese Erdsysteme und Kreisläufe wächst zudem immer mehr. Es drohen schwerwiegende und teilweise unumkehrbare Veränderungen der planetaren Systeme, warnen die Forschenden.⁶⁷

Laut einem internationalen Forscherteam um den Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Johan Rockström, haben wir im Sinn von „sicheren und gerechten Grenzen“⁶⁸ sogar bereits sieben Planetare Grenzen überschritten.⁶⁹

Der Verlust der Biodiversität und auch die Erderwärmung lassen sich demzufolge bereits nicht mehr rückgängig machen, was bedeutet: Ein sicheres und gerechtes Leben ist für viele Menschen auf der Erde bereits heute und in Zukunft nicht mehr möglich.

So führte die Rekordhitze der Weltmeere inklusive des Mittelmeeres⁷⁰ als unmittelbare Ursache der gewaltigen Regenmengen über Griechenland (5 x so hoch wie im Ahrtal) und Libyen (2 x so hoch wie im Ahrtal)⁷¹ allein im September 2023 zum Tod von Zigtausenden Menschen.⁷²

Die Widerstandsfähigkeit unseres Planeten schwindet. Oder wie Rockström sagt:

„Wenn Grönland erst einmal schmilzt, weiß niemand mehr, wie man es wieder einfrieren kann.“ Und sobald mehrere Kippunkte überschritten sind, folgen die anderen bald nach – wie bei einem Domino.

Unter dem Aspekt Gerechtigkeit und Sicherheit sind die Grenzen dessen, was noch ertragbar ist, sehr eng. Selbst wenn es noch gelänge, die Erderwärmung bei 1,5 ° zu stoppen, sterben in vielen Teile der Erde viele Menschen durch den Verlust von Wasser, Nahrung und Lebensraum.

Am stärksten betroffen sind davon die ärmsten Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Nur wenn es gelungen wäre, die globale Erderwärmung bei unter einem Grad zu stoppen, hätte sich diese Entwicklung zumindest noch abschwächen lassen. Und das, so die Forscher, ist eine Grenze, die bereits gerissen worden ist und die in Zukunft ein sicheres Leben für viele Menschen auf der Erde bereits jetzt schon unmöglich macht.

An den Studien nicht beteiligte Forscher betonen: „*Generell ist die Studie ein Weckruf für die Politik, in wie vielen Bereichen wir riskieren, die Kontrolle über grundlegende Erdsysteme – möglicherweise unumkehrbar – zu verlieren.*“⁷³

Wir benötigen angesichts dieser enormen Herausforderung neben China auch Russland mit seinen Permafrostböden als strategischen Partner.

Daher gilt es, die bisher auf Konfrontation bauende militärische Sicherheits- und Bündnislogik zugunsten einer zivilen, *gemeinsamen Sicherheit* zu überwinden und mit den USA und Russland einen Weg zu finden, der der Ukraine ihre militärische Sicherheit auch ohne NATO-Mitgliedschaft garantiert.

Dann können wir ähnlich wie bei der – dank entschlossener internationaler Kooperation inzwischen wieder eingehaltene – Planetaren Grenze der Ozonschicht durch weltweit gemeinsames Handeln erfolgreich gegensteuern und die weltweiten UN-Entwicklungsziele (SDG) 2030 erreichen.⁷⁴



7. Dekolonialisierung: Verschwenderischen Lebensstil überwinden

Die aktuelle Weltordnung sichert für die reiche Oberschicht aller Länder einen Überwohlstand, der die planetaren Grenzen überschreitet. Diese Privilegien werden weltweit auch militärisch abgesichert.

Der insgesamt hohe, nicht auf alle Menschen verallgemeinerbare Lebensstandard der westlichen Staatengemeinschaft wird zu Recht als ungerecht wahrgenommen und fördert Fluchtbewegungen.

Weltweit leiden rund 735 Millionen Menschen Hunger – 122 Millionen mehr als vor drei Jahren.⁷⁵ Dem steht eine „imperiale Lebensweise“ gegenüber, die eine Mitursache von Hunger und Armut in allen Ländern ist.⁷⁶ Die reichsten 10 % der Weltbevölkerung sind für 50 % aller Treibhausgase verantwortlich.⁷⁷

In seiner Stellungnahme zur Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung (NSS) schreibt der Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung:

„Es braucht eine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, welche die Ursachen von Krisen adressiert. Klimafolgen, Rassismus, tiefe sozio-ökonomische Ungleichheiten sowie die Spätfolgen des Kolonialismus

beeinträchtigen die Lebensgrundlagen von Menschen massiv.

Aber viele der in der Sicherheitsstrategie genannten Ansätze bleiben zu vage, um diese ursächlichen Krisenherde nachhaltig und strategisch zu bekämpfen.“⁷⁸

De facto setzen wir wie alle ehemaligen Kolonialmächte das Völkerrecht weitgehend zu unseren Gunsten ein – und brechen es auch immer wieder, wie der Völkerrechtler Prof. Kai Ambos in seinem 2022 erschienenen Buch „Doppelmoral – Der Westen und die Ukraine“ anschaulich darstellt.⁷⁹

Kai Ambos wirkt als Strafrechtler am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und hat u.a. am Friedensabkommen in Kolumbien mitgewirkt – ist also ein

sachkundiger und glaubwürdiger Zeuge, dass unsere aktuelle Weltordnung unfair unseren westlichen Lebens- und Wirtschaftsstil absichert, der die Planetaren Grenzen überschreitet.

Laut dem Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr von 2016 hängen *„Prosperität unseres Landes und Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger auch künftig wesentlich von der ungehinderten Nutzung globaler Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie von einer gesicherten Rohstoff- und Energiezufuhr ab.*

Eine Unterbrechung des Zugangs zu diesen globalen öffentlichen Gütern zu Lande, zur See, in der Luft sowie im Cyber-, Informations- und Weltraum birgt erhebliche Risiken für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und den Wohlstand unserer Bevölkerung.

... Angesichts der Vielzahl potenzieller Ursachen und Angriffsziele muss Deutschland mit seinen Verbündeten und Partnern flexibel Elemente seines außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums einsetzen, um Störungen oder Blockaden vorzubeugen oder diese zu beseitigen.“⁸⁰

Auch der britische Historiker Peter Frankopan beschreibt in seinem 2017 erschienenen Buch eindrücklich, wie seit 2000 Jahren jeweils dominierende Staaten weltweit

imperial ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen mit Gewalt durchsetzen, angefangen vom Römischen Reich über die Chinesen, Griechen, die europäischen Kolonialreiche bis hin zu Russland und den USA, letztere seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute.⁸¹

Der russische Bruch des Gewaltverbots als Fundamentalnorm des modernen Völkerrechts in der Ukraine verdient eine konsequente und nachhaltige Reaktion. Doch wie glaubwürdig ist eine Antwort der westlichen Staatengemeinschaft, geführt von den USA? Die ökonomische und machtpolitische Doppelmoral des Westens ist ein Grund dafür, dass der Großteil der Staaten dieser Welt die russische Aggression nur verbal verurteilt.

Um weltweite Glaubwürdigkeit zu erlangen, braucht es das demütige Eingeständnis, dass wir der Welt nicht nur zu mehr Wohlstand und Gerechtigkeit verhelfen, sondern unseren westlichen Wohlstand weltweit auch zutiefst ungerecht durch eine Völkerrechts-Auslegung zu unseren Gunsten – auch militärisch – absichern.

Die Dekolonialisierung, also die Überwindung weltweiter struktureller Macht-Ungleichgewichte und gewaltsam militarisierter Machtverhältnisse ist auch Ziel einer patriarchalen Strukturen überwindenden Außen- und Sicherheitspolitik.⁸²



8. Internationale Beziehungen auf Augenhöhe gestalten

Die ökologischen Herausforderungen können wir weltweit nur gemeinsam meistern.

Die BRICS-Staaten streben nach internationalen Beziehungen auf Augenhöhe. Die meisten Länder des Globalen Südens haben sich den westlichen Sanktionen gegenüber Russland nicht angeschlossen. Sie werten das Verhalten des NATO-Bündnisses – auch im Ukrainekrieg – als Versuch der Beibehaltung westlicher Dominanz.

Wir benötigen Verhandlungen für eine allseits respektierte internationale, dem Völkerrecht entsprechende, d.h. eine inklusive Sicherheitsordnung, die sich an den Konzepten der „Gemeinsamen Sicherheit“ mit umfassender Beteiligung der Frauen und Beachtung der ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten orientiert. Chinas Global Security Initiative (GSI) ist dafür ein geeigneter Vorschlag.

Wir sollten selbstbewusst⁸³ auf die von China während der Münchner Sicherheitskonferenz 2023 vorgestellte Global Security Initiative (GSI) eingehen. Die GSI kann die militärischen Bündnis-Blockstrukturen des Kalten Krieges überwinden und ein Zusammenleben der Länder ohne Krieg und kriegerische Sanktionen ermöglichen.

Über ein konstruktives Aufgreifen dieser Initiative könnten weitere Spannungen in der aktuellen Umwälzung globaler Machtverhältnisse zu einer multilateralen Welt verhindert werden.

Die GSI formuliert dazu 20 mögliche inhaltliche Prioritäten als auch mögliche

Plattformen und Mechanismen internationaler Sicherheits-Kooperation.⁸⁴

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dominieren die USA die Welt mit dem US-Dollar als Weltleitwährung, mit 40 % der weltweiten Militärausgaben, weltweit über 800 Auslands-Militärbasen⁸⁵, durch ihre selbstgewählte Rolle als militärischer Weltpolizist (ohne Anerkennung des IstGH und unter regelmäßiger Missachtung des Völkerrechts) sowie verschiedene Vorrechte in internationalen Wirtschaftsorganisationen.⁸⁶

Gemeinsam drängen die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, in denen mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung leben, immer

selbstbewusster auf gleichberechtigte internationale Beziehungen auf Augenhöhe.⁸⁷ Die unterschiedlichen BRICS -Staaten eint vor allem das Bestreben, die Vormachtstellung der USA in der bestehenden Weltordnung zu beenden.⁸⁸

Die BRICS-Staaten kritisieren „das liberale Narrativ von Demokratie und Menschenrechten, das von westlichen Regierungen oftmals lehrmeisterhaft vorgetragen wird.“⁸⁹ Sie fordern ein größeres Mitspracherecht in internationalen Organisationen wie der UNO, dem IWF, der Weltbank und der WTO. Schon 2014 gründeten sie ihre eigene Entwicklungsbank als Gegengewicht zu Weltbank und IWF.⁹⁰

„Beispiele von Menschenrechtsverletzungen in den USA und anderen westlichen Ländern werden von China in einem Weißbuch zusammengefasst und weit verbreitet. Damit wird gezeigt, dass der Westen opportunistisch und heuchlerisch ist und von anderen fordert, was er selbst nicht respektiert.“⁹¹

Natürlich ist es auch von Seiten Chinas heuchlerisch, nur die Menschenrechtsverletzungen der USA anzuprangern und seine eigenen Menschenrechtsverletzungen unerwähnt zu lassen. Wir kommen jedoch nur in einen Dialog, wenn alle Seiten selbstkritisch die eigene Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen einräumen.⁹²

„Gegen den außenpolitischen Hegemonialanspruch der westlichen Zivilisation wenden sich zunehmend Nationen, die nicht zum transatlantischen Westen gehören und auch nicht von ihm vereinnahmt werden wollen.“

China und Russland haben in der gemeinsamen Erklärung ihrer Außenminister ein Signal gesetzt, dass die Zeiten des Kolonialismus und Neokolonialismus endgültig vorbei sind. Die Einheit der Welt besteht in ihrer Vielfalt. Und diese Vielfalt verlangt Kooperation und Dialog.

Die Ära der unangefochtenen Hegemonie der USA und des transatlantischen Westens ist faktisch beendet. Hinter dem Text der Erklärung stehen vor allem irreversible

Veränderungen im geoökonomischen Kräfteverhältnis.“⁹³

Entsprechend betont Russlands Präsident Putin in einem Gastbeitrag, den Zeitungen z.B. in Uganda und Äthiopien 2023 abdruckten: „Wir haben afrikanische Völker in ihrem Kampf um die Befreiung von kolonialer Unterdrückung nachhaltig unterstützt. Wir haben beim Aufbau der Staaten geholfen, ihre Souveränität und Verteidigungsbereitschaft gestärkt.“⁹⁴

Ihre auf dem afrikanischen Kontinent nicht-koloniale Historie lässt Russland und China für immer mehr afrikanische Länder zum verlockenden Partner werden, auch wenn Russland ebenso wie China dabei wirtschaftliche Eigeninteressen verfolgen und selbst Hegemonialpolitik betreiben.

„Die afrikanische Öffentlichkeit sieht keinen Grund, warum sie sich in internationalen Beziehungen immer auf eine bestimmte Seite zu stellen hat“, sagt in gleicher Weise Hassan Khannenje, Leiter des HORN International Institute for Strategic Studies in Kenia.⁹⁵

Paul Munzinger schreibt unter der Überschrift „Lektionen in Demut“ zur gescheiterten Afrikapolitik der Bundesregierung:

„Das ist die Klammer, welche die ungleichen Putsche in West- und Zentralafrika zusammenhält: Die Demokratien, wie sie die Menschen dort kennengelernt haben, sind Fassadendemokratien, die die früheren Kolonialherren aus Europa zufriedenstellen, ihnen selbst aber weder echte Mitsprache noch Perspektiven (und im Sahel nicht einmal Sicherheit) bieten.“

Um Partner der Staaten und ihrer Menschen in Westafrika zu bleiben, muss der Westen etwas grundsätzlich ändern. Will der Westen künftig als Partner in Afrika wahrgenommen werden, dem es um die Interessen der Menschen geht und nicht nur um den Zugang zu Rohstoffen, die Stationierung von Soldaten und die Abwehr von Flüchtlingen, dann hat er nur eine Wahl: Er muss dieser Partner werden.“⁹⁶

Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten erfordert die Bereitschaft, zielgerichtet mit unserem Partner Frankreich und seinen

nach wie vor häufig neokolonialen Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien („France Afrique“⁹⁷) in Konflikt zu gehen.

Die Aussage der NSS, *„Seine Wirtschaftskraft setzt China gezielt ein, um seine politischen Ziele zu verwirklichen“*, sollte in

diesem Sinne unbedingt ergänzt werden um die Relativierung *„setzt China genauso wie die westlichen Staaten gezielt ein, um seine politischen Ziele zu verwirklichen.“*⁹⁸

Die westliche Staatengemeinschaft soll und darf natürlich weltweit für ihre Werte, für ihre Auffassung von Demokratie und Menschenrechte werben. Doch wir sollten u.a. mit den BRICS-Staaten einen neuen, offenen Dialogprozess zum gemeinsamen Verständnis der UN-Charta führen.⁹⁹

Das bisherige, durch unsere westliche Brille geprägte Verständnis unserer bestehenden Weltordnung wird von zahlreichen Staaten der Welt heute nicht mehr geteilt und als von der westlichen Staatengemeinschaft unter kolonialen bzw. postkolonialen Bedingungen nicht frei ausgehandelt empfunden.

Wenn wir es schaffen, solch eine neue weltweite Verständigung auszuhandeln, können wir international Regeln vereinbaren, wie systemische Rivalitäten relativ gewaltfrei ausgetragen und nationale Armeen perspektivisch durch internationale Polizei(en) abgelöst werden können.¹⁰⁰

Bundeskanzler Scholz hat sich in diesem Sinne am 9.5.2023 bei seiner Rede im Europäischen Parlament zu Recht gegen ein Bestreben ausgesprochen, die EU neben den USA und China als dritte Großmacht zu positionieren, und plädierte stattdessen

für einen Platz Europas *„nicht über oder unter anderen Ländern und Regionen, sondern auf Augenhöhe.“*¹⁰¹

Diese Position entspricht auch dem Geist unseres Grundgesetzes, dessen Präambel das Ziel internationaler Beziehungen auf Augenhöhe formuliert: *„... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“*¹⁰²

Prof. Dr. Reinhard Wolf formuliert dazu: *„Respekt. Ein unterschätzter Faktor in den internationalen Beziehungen.“*¹⁰³

Die Feststellungen der NSS *„Auch die internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen sind immer mehr von machtpolitischen Erwägungen geprägt“* sowie *„bedrohen einige Staaten die Prinzipien der freien wirtschaftlichen Zusammenarbeit zunehmend und setzen wirtschaftliche Macht für außen- und sicherheitspolitische Interessen ein“*¹⁰⁴ sind zu ergänzen und zu relativieren durch folgende realistische Beschreibung: *„auch andere Staaten setzen wie wir ganz selbstverständlich wirtschaftliche Macht für außen- und sicherheitspolitische Interessen ein.“*

Die Vision einer friedlichen Zukunft braucht ein starkes Engagement der Zivilgesellschaft sowie eine Stärkung der UN.

Die Vereinten Nationen werden im September 2024 anlässlich ihres 75. Jubiläums einen "Zukunftsgipfel" veranstalten. Es geht UN-Generalsekretär Antonio Guterres darum, Strukturen des Weltregierens besser aufzustellen und die Umsetzung der internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 voranzubringen.¹⁰⁵



9. Weltweite Versöhnung und Verständigung gestalten

Die Anerkennung der europäischen Klima- und Kolonialschuld sowie unserer Anteile an den Gewalt-Eskalationen in der Ukraine und im Nahen Osten kann Wege zu weltweiter Versöhnung und Verständigung eröffnen und ermöglicht neues Vertrauen.

Voraussetzung zur Gestaltung nachhaltiger friedlicher internationaler Beziehungen auf Augenhöhe sind die Anerkennung der europäischen Klima- und Kolonialschuld und auch unserer Anteile an den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten.

Um ihre Klimaschulden zu begleichen, müssten die Industrieländer den Ländern des globalen Südens rund 170 Billionen US-Dollar Entschädigung zahlen, wie eine internationale Studie aufzeigt¹⁰⁶:

„Die Gruppe der 39 Industrieländer hat ihren kollektiven fairen Anteil am CO₂-Budget für 1,5-Grad schon jetzt um das mehr als Zweieinhalbfache überschritten. Zusammen sind sie für 91 Prozent der kumulativen Emissionsüberschüsse von 1960 bis 2019 verantwortlich.“¹⁰⁷

Der niederländische Europa-Spitzenkandidat Frans Timmermans hat zurecht auch die umfassende Aussöhnung mit Afrika als eine der großen Aufgaben der EU für die kommenden Jahre bezeichnet.¹⁰⁸

„Der Westen hat seinen Anteil daran, dass in vielen Ländern Afrikas die Demokratie in der Krise ist“, sagt Hassan Khannenje,

Leiter des Horn International Institute for Strategic Studies in Kenia.¹⁰⁹ In Libyen sei mit dem Sturz Muammar al-Gaddafis *„die Büchse der Pandora geöffnet worden“*, der Beginn der Destabilisierung des größten Teils Nord- und Westafrikas.

Die Doppelmoral des Westens hat *„Frustrationen und eine Art Trauma erzeugt, die sich durch die 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges ziehen.“*

Das Eingeständnis eigener Schuld würde international die Möglichkeit neuer Vertrauensbildung eröffnen. Dabei geht es nicht in erster Linie um finanzielle Wiedergutmachung, sondern um die Anerkennung eigener Anteile an der internationalen Systemkrise an sich. So hat die Geste des Kniefalls Willy Brandts 1970 in Warschau zur Aussöhnung mit Polen und wesentlich zum Ende des Kalten Kriegs 1990 beigetragen.¹¹⁰

Oberst a.D. W. Richter von der Stiftung Wissenschaft und Politik legt eindrucksvoll dar, welche Mitverantwortung der Westen auch für die Ukraine-Krise und die

vorhergehende Erosion der Europäischen Sicherheitsordnung trägt.¹¹¹

Der damalige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, führte in der Bundespressekonferenz 2022 gleichermaßen aus:

„Der Westen hat gute Gründe, über eigene gemachte Fehler nachzudenken. Warum man 2007 nicht ernster genommen hat, was damals von Wladimir Putin vorgetragen wurde. Warum man 2008 den Vorstoß der amerikanischen Regierung [zur NATO-Aufnahmeperspektive für die Ukraine und Georgien] nicht noch viel vehementer zurückgewiesen hat, nämlich – aus russischer Sicht – das Überschreiten einer roten Linie.

...Wenn man eine Lage herbeiführt, wo eine Partei sagt: ‚Ich gebe zu, da haben wir leider einen Fehler gemacht‘ – das erhöht die Chance, dass die andere Seite sagt ‚Wir haben auch einen Fehler gemacht. Und wenn Sie diese Lage herbeiführen können, das ist verhandlungstechnisch die halbe Miete.‘¹¹²

Russlands Präsident Putin hat seit 2007 bis kurz vor dem militärischen Angriff in die Ukraine am 24.2.2022 vom Westen Verhandlungen über dessen Zusage der NATO-Aufnahme der Ukraine gefordert – was der Westen stets kategorisch abgelehnt hat.¹¹³ Insofern verantwortet die NATO ebenso wie Russland, dass die Verhandlungstür vor dem Ukrainekrieg zugeschlagen wurde.

In Südafrika haben Wahrheits- und Versöhnungskommissionen entscheidend zur gewaltfreien Zukunftsgestaltung beigetragen.

Dieses Modell gibt wertvolle Anregungen, unabhängig von damit verbundenen finanziellen Ausgleichen vergangener Ungerechtigkeiten¹¹⁴, für eine internationale Versöhnung und Entspannung – *übrigens auch im Cyberraum und zur weltweiten Einhegung Künstlicher Intelligenz*¹¹⁵ - und zur Wertschätzung positiver Beiträge aller Kulturen - auch unserer westlichen – beitragen könnte.¹¹⁶

10. Völkerrecht und Menschenrechte achten

Als westliche Welt / NATO missachten auch unsere Regierungen, wie andere, immer wieder Menschenrechte und das Völkerrecht – und messen bei Kriegsverbrechen Russlands und Israels zum Unverständnis des Globalen Südens mit zweierlei Maß.

Sowohl die NATO-Staaten als auch Russland, China und weitere Atomwaffenstaaten weigern sich bisher, die Verpflichtung und Impulse zu atomarer Abrüstung aus dem Atomwaffensperrvertrag und Atomwaffenverbotsvertrag umzusetzen.

Die Anerkennung und Änderung eigenen Fehlverhaltens stärkt internationales Recht und Vertrauen.

Als westliche Staatengemeinschaft begründen wir unsere moralische Überlegenheit mit den Menschenrechten. Es ist richtig und wichtig, Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts weltweit zu benennen und anzuprangern.

Nicht nur Amnesty International wirft dem Westen allerdings eine Doppelmoral vor: *„Härte gegen Moskau, Milde bei Freunden: AI übt Kritik auch an Deutschland.“*¹¹⁷

Olaf Weber schreibt: *„Politik ist heuchlerisch, wenn sie öffentlich die Menschenrechte hochhält und zugleich völkerrechtswidrige Kriege im Rahmen einer ‚wertorientierten Außenpolitik‘ führt. Das oberste Menschenrecht ist das Recht auf Leben, also auf nicht Getötet-werden, denn ein Toter kann seine politischen Menschenrechte nicht mehr einfordern.“*

*China hat in den vergangenen 30 Jahren keine Kriege geführt. In den gleichen 30 Jahren hat aber der Westen unter Führung der USA zahlreiche völkerrechtswidrige Kriege mit Millionen Opfern geführt.“*¹¹⁸

Als westliche Staatengemeinschaft haben wir sowohl im Irak von 2003 bis 2011 als auch gegen Serbien 1999 völkerrechtswidrige Kriege geführt, die Kriege in Afghanistan von 2002 bis 2022 und in Libyen 2011 waren unverhältnismäßig und haben von daher das UN-Völkerrecht und das Vertrauen in die regelbasierte internationale Ordnung nachhaltig beschädigt.¹¹⁹

Zugleich sollen die kriegerischen Interventionen Russlands in Tschetschenien und

die russischen Bombardierungen von Krankenhäusern in Syrien mit vielen Toten an dieser Stelle nicht vergessen werden.

Sowohl die NATO-Staaten als auch Russland, China und weitere Atomwaffenstaaten weigern sich bisher, die Verpflichtung und Impulse zu atomarer Abrüstung aus dem Atomwaffensperrvertrag und Atomwaffenverbotsvertrag umzusetzen. Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen.

Die USA und Russland, die gemeinsam mehr als 90% aller Atomwaffen besitzen, müssen erneut mit völkerrechtlich wirksamen Verhandlungen zu nuklearer Risikoreduktion und Abrüstung beginnen.¹²⁰

Auch bei Kriegsverbrechen Israels messen westliche Regierungen zum Unverständnis des Globalen Südens mit zweierlei Maß. Gideon Levy von der israelischen Tageszeitung Haaretz formuliert 2023 *„Rache ist keine Politik. Selbst in einem gerechtfertigten Krieg muss es Regeln geben. Hilft es denn Israel, wenn Tausende von Kindern getötet werden? ... Wir müssen es zugeben: Das Leiden in Gaza ist das größte Leiden, was man sich vorstellen kann.“*¹²¹

Die Anerkennung und Änderung eigenen Fehlverhaltens würde internationales Recht und Vertrauen ebenso stärken wie die uneingeschränkte Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs durch alle westlichen Staaten – inklusive Deutschlands und der USA.¹²² Das könnte die ebenso notwendige Anerkennung der Gerichtshöfe durch China und Russland befördern.



11. Partizipation als Gewalt-überwindendes demokratisches Mittel

Durch eine breite demokratische Teilhabe werden gewaltfreie Lösungseinsätze für Konflikte gefördert.

Was innerstaatlich möglich ist, benötigen wir auch als internationale Norm in Richtung einer Weltinnenpolitik.

Partizipation als Gewalt-überwindendes demokratisches Mittel lässt sich nicht mittels militärischer Dominanz verbreiten. Als Grundlage benötigt sie gerechte Eigentumsverhältnisse in allen Ländern des globalen Nordens wie des globalen Südens.

Partizipative Demokratie ermöglicht durch die weitgehende Beteiligung aller Betroffenen die relativ gewaltfreie Lösung von Konflikten.¹²³

Innergesellschaftlich und innerhalb der EU haben wir unsere gewaltfreie Konfliktlösungskompetenz inzwischen so weit entwickelt, dass militärische Auseinandersetzungen, die bis zum Westfälischen Frieden 1648 innerhalb Deutschlands und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs innerhalb Europas noch normal waren, nicht mehr vorstellbar sind.

Innergesellschaftlich und innerhalb der EU ist ein relativ stabiles Rechtssystem aufgebaut worden, für dessen Regel-Durchsetzung die dem Rechtssystem unterstehenden staatlichen Polizeikräfte mit Gewaltmitteln sorgen, die begrenzt sind und immer verhältnismäßig angewendet werden müssen.

Immer mehr Konflikte werden bereits – statt durch das staatliche Rechtssystem – durch eine wachsende individuelle und gesellschaftliche Konfliktbearbeitungs-Kompetenz in Form Gewaltfreier Kommunikation und Mediation gelöst oder durch vielfältig ausgeprägte Formen gesellschaftlicher Partizipation gewaltfrei austariert.

Mit der Gründung der UNO und der Verabschiedung der UN-Charta inklusive der UN-Menschenrechtscharta ist es nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, ein ähnliches gewaltminderndes Konfliktbearbeitungssystem weltweit zu formulieren und in guten Ansätzen zu etablieren.

Dieses System des internationalen Völker- und Wirtschaftsrechts spiegelt die damals realen internationalen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse wider, ist mittlerweile jedoch nicht mehr zeitgemäß – auch, weil

de facto insbesondere die USA, aber auch Russland und andere (auch NATO-) Staaten ihre Interessen im Zweifel eher mittels der Macht des Stärkeren (militärisch) statt mit der Macht des Rechts durchsetzen.

Da immer mehr Länder, die inzwischen einen Großteil der Weltbevölkerung repräsentieren, die seit 1945 etablierte internationale Ordnung als mehr oder minder westlich geprägt und ihrer eigenen Auffassung internationaler demokratischer Partizipation nicht mehr angemessen empfinden, sollten wir im demokratischen Geist auf die zunehmenden Forderungen Chinas, Russlands und zahlreicher Länder des Globalen Südens eingehen, über unser weltweites Mit-einander erneut zu verhandeln.

Der NSS stellt fest: *„Einige Staaten versuchen, die bestehende internationale Ordnung entsprechend ihrer Auffassung von systemischer Rivalität umzugestalten... Auch international treten wir für eine Ordnung ein, in der Regeln und Recht gelten, nicht Macht und Willkür.“*¹²⁴

Genau dies sollte mit den USA, China, Russland und den anderen BRICS (plus) –

Staaten selbstbewusst, selbstkritisch und aktiv angegangen werden.

Politisch partizipative Demokratie lässt sich nur gewaltfrei verbreiten, nicht mittels westlicher Dominanz und militärischer Gewalt.

Wenn wir die Bedürfnisse eines großen Teils der Weltbevölkerung ernstnehmen und mit ihnen eine neue weltweite Ordnung aushandeln, die unser Verständnis der individuellen politischen Freiheitsrechte weltweit in eine Balance setzt zum Souveränitätsverständnis zahlreicher Staaten, kann international ein erneutes Wettrüsten mit zunehmender Blockbildung verhindert werden.¹²⁵

Langfristig kann sich dann politische Freiheit im weltweiten Wettbewerb und im Verbund mit Gerechtigkeit, Sicherheit und Ökologie gewaltfrei entwickeln.

Eine weltweit demokratische Haltung benötigt auch die Demut, anzuerkennen, dass zurzeit zahlreiche Staaten die 1948 vereinbarte UN-Menschenrechtscharta anders interpretieren als wir in der westlichen Staatengemeinschaft.

12. Offene Debattenräume erhalten

Es ist wichtig, offene Debattenräume zu erhalten und zu gestalten. Wir sollten der Versuchung widerstehen, der Last kontroverser Debatten durch Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit zu begegnen.

Angesichts der Multikrisen unserer Zeit erscheint es oft als einziger Ausweg, durch mehr Zentralisierung sowie staatliche und gesellschaftliche Kontrolle die innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten.

Die Stärke unserer demokratischen Grundordnung besteht allerdings darin, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht zu dezentralisieren sowie kontroverse Debatten zu ermöglichen und politische Entscheidungsprozesse durch die Gewaltenteilung zu bremsen, um durch Abwägungsprozesse bessere Ergebnisse zu erzielen.

Dass im Verlauf solcher Prozesse auch unsinnige oder unethische Argumente vorgebracht werden, kann eine resiliente Gesellschaft ertragen.

Die Stärke einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft besteht nicht in der Schnelligkeit ihrer Entscheidungen, sondern in ihrer Innovationskraft und ihrer Fähigkeit, komplexe globale Probleme, wie beispielsweise die Corona-Pandemie, den Krieg in der Ukraine oder den Klimawandel mit umfassenden multiperspektivischen und gemeinwohlorientierten Lösungen anzugehen.

Eine grundlegende Voraussetzung dafür ist die Fähigkeit und der Wille, themenzentriert und wertschätzend zu debattieren, also in den Debattenräumen unserer Gesellschaft, unserer Politik, unserer Medien und unserer Wissenschaften einen fairen Wettstreit um das gute Argument - nicht: um den guten Menschen - zu führen.

Dazu gehört das Ringen um die Wahrheit¹²⁶, also um die möglichst klare

Trennung von Tatsachen, Tatsachenbehauptungen und Meinungen. Damit sich nicht nur die jeweils mächtigen Akteur*innen in Debattenräumen durchsetzen, sind solche Debattenräume in gut funktionierenden Gesellschaften so organisiert, dass die Argumente schwächerer Akteur*innen und von Minderheiten ebenfalls Gehör finden.

Die Politik kann zuverlässige Analysen und alternative Lösungsansätze für komplexe Probleme erwarten, wenn Wissenschaften und die Medien so frei und politisch unabhängig wie möglich gestaltet sind.

Die in Deutschland zunehmende und beklagte Abhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung von kommerziellen oder politischen Auftraggebern erscheint aus dieser Sicht als Fehlentwicklung.

Selbst in unseren westlichen Gesellschaften werden regierungskritische Journalist*innen und Whistleblower inhaftiert und eingeschüchtert (siehe Julian Assange und Edward Snowden).¹²⁷ Das beeinträchtigt den politischen Prozess, weil es die Grenzen des öffentlich Sagbaren einengt. Es wird dann wahrscheinlicher, dass Amtsträger*innen ihrer Verantwortung für die Folgen ihrer Handlungen entgehen können.

Sicherheit und Krisenfestigkeit entstehen durch eine Fehlerkultur, welche es erlaubt, politische und rechtliche Probleme ohne Ansehen der Person offen zu debattieren. Wir sollten der Versuchung widerstehen, der Last kontroverser Debatten durch Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit¹²⁸ zu begegnen.

13. Miteinander statt gegeneinander: Gemeinsam regionale und globale Sicherheitsstrukturen ausbauen

Wir benötigen den prioritären Ausbau inklusiver und damit stabiler regionaler und globaler Sicherheitsstrukturen, die sich an den Konzepten Gemeinsamer Sicherheit statt an exklusiven Militär-Bündnissen orientieren.

Dafür bieten sich in Europa die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), und im Nahen Osten eine dort zu etablierende „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten“ (KSZMNO) an.

In diesen Strukturen und Prozessen sind Frauen- und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen umfassend zu beteiligen.¹²⁹

Zurzeit bestimmt neben der UNO de facto die NATO als größtes militärisches Bündnis die weltweite Sicherheitsordnung.

In der herkömmlichen militärischen Sicherheitslogik sind die Beitritte Schwedens und Finnlands zur NATO infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine folgerichtig. Man erhofft sich damit – wie bei allen bisherigen Beitritten – mehr Sicherheit vor militärischen Angriffen von außen. Allerdings erhöht jeder weitere Beitritt von Ländern zur NATO die Kriegsgefahr für alle Länder, die zwischen der NATO und Russland liegen.

Das ist der bisher geostrategisch-militärischen, letztlich hegemonialen Mentalität großer Weltmächte wie Russland und der NATO- Führungsmacht USA geschuldet, die mit knapp je 6.000 Atomwaffen über 90 % aller Atomwaffenarsenale weltweit besitzen. Beide Staaten repräsentieren damit noch mehr als die anderen Atomwaffenstaaten, dass Weltmachtstatus die Fähigkeit bedeutet, menschliches Leben auf Knopfdruck auszulöschen.

Angesichts der zunehmenden weltweiten existentiellen Sicherheitsbedrohung durch die Klimakrise und weitere enorme Herausforderungen, angesichts der kriegerischen Folgen der bisherigen NATO-Osterweiterung sowie der westlichen militärischen Wieder-Aufrüstung seit den 2000er Jahren ist es dringend geboten, unser bisheriges exklusives und exkludierendes Sicherheitsverständnis („*Jedes Land in der NATO ist*

sicher –jedes Land außerhalb der NATO entsprechend unsicher(er).“) zu überwinden: Durch ein Verständnis sich wechselseitig bedingender gemeinsamer Sicherheit und *gemeinsame Sicherheitsstrukturen*.¹³⁰

Darunter verstehen wir a) die gleichberechtigte Teilhabe aller Staaten an der Entwicklung der regionalen und globalen Sicherheits-Regeln und -Strukturen sowie b) die integrative Nutzung der bekannten zivilen, gemeinsamen, kollektiven, rechtlichen, mediativen¹³¹ und feministischen Sicherheitskonzepte sowie des UN-Konzepts menschlicher/humaner Sicherheit.¹³²

Gegeneinander rüstende und ggf. kriegführende Militärbündnisse sind obsolet geworden. Wir regen an, schrittweise nationale Militärbudgets in Budgets regionaler und internationaler gemeinsamer Sicherheitsstrukturen wie der OSZE und der UNO zu überführen und perspektivisch nationale Armeen durch den Aufbau welt-regionaler und internationaler Polizeistrukturen abzulösen. Dazu können in Abstimmung mit der UNO welt-regionale Sicherheitsräte hilfreich sein.¹³³

Vor und nach dem Ende des Kalten Kriegs 1990 wuchs weltweit internationales Vertrauen, dank dessen weitreichende konventionelle und atomare Abrüstungsprogramme umgesetzt und in Europa und weltweit ein Gefühl zunehmender gemeinsamer Sicherheit entstehen konnte.

Doch dieser Weg wurde nicht - wie in der Charta von Paris 1990 vereinbart - zum Aufbau einer starken, Russland inkludierenden gemeinsamen Sicherheitsstruktur in Europa¹³⁴.

Unverarbeitete Kriegs- und Besatzungs-Traumata ost- und südosteuropäischer Länder sowie die weiter wirksame militärische Bündnislogik führten den Westen stattdessen zur Ausweitung der NATO.¹³⁵

Als die NATO 1999 – nachgewiesenermaßen aufgrund falscher Völkermord-Behauptungen¹³⁶ - völkerrechtswidrig Serbien bombardierte¹³⁷, ohne zuvor wie vereinbart dessen Verbündeten Russland zu konsultieren, erodierte das Vertrauen Russlands.

Trotzdem warb Russlands Präsident Putin 2001 auf der Grundlage der bis dahin erfolgten beidseitigen militärischen Abrüstung bei seiner Rede im Deutschen Bundestag für die Überwindung militärischer Blocklogik und für den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur¹³⁸.

Der Common Security Report 2022¹³⁹ schlägt vor, mittels eines UN-Vollversammlungs- Beschlusses jährlich weltweit in allen Ländern 2 % der bisherigen nationalen Militärbudgets in Richtung inklusiver ziviler nachhaltiger Entwicklung umzuwidmen. Entsprechend der in der NSS dokumentierten Absicht gilt es gleichzeitig, die UNO mit dem UN-Sicherheitsrat zukunftsfähig zu reformieren.¹⁴⁰

Als unmittelbar nächster Schritt könnte die UN-Vollversammlung sich ermächtigen, im Fall eines Vetos im UN-Sicherheitsrat entsprechende Entscheidungen selbst zu treffen. Auch müssten alle Weltregionen zur friedlichen Beilegung bestehender Spannungen angemessen im UN-Sicherheitsrat vertreten sein, z.B. durch gewählte Vertreter*innen welt-regionaler Sicherheitsräte.¹⁴¹

Gemeinsame Sicherheitspolitik mit China bedeutet, sich nicht an einer Strategie der Eindämmung, sondern der Einbindung Chinas und des gegenseitigen Respekts zu orientieren. Das schließt offene Kritik und Druck nicht aus, reduziert aber die Gefahr einer erneuten weltweiten Blockbildung

und einer militärischen Konfrontation zwischen der westlichen Staatengemeinschaft und China.

Der ehemalige australische Regierungschef und anerkannte China-Experte Kevin Rudd¹⁴² beschreibt in seinem Buch „Der vermeidbare Krieg“ ein mögliches gemeinsames Rahmenwerk für einen kontrollierten strategischen Wettbewerb, das bis zur Aushandlung einer allseits akzeptierten neuen Weltordnung die systemische Rivalität zwischen Autokratie und Demokratie in einen gemeinsam vereinbarten, inklusiven Rahmen zur Kriegsvermeidung einbettet.¹⁴³

„Rudd identifiziert drei Kernelemente für ein solches Rahmenwerk. Beide Seiten müssten ein klares Verständnis für die roten Linien der anderen Seite entwickeln, um ein verlässliches Fundament der ‚strategischen Berechenbarkeit‘ zu legen. Die Rivalität müsse dann so kanalisiert werden, dass jede Seite das, was sie als ihre politischen, ökonomischen und ideologischen Vorzüge ansieht, gegenüber dem Rest der Welt zur Geltung bringen könne, aber unter Achtung der roten Linien der anderen. Und schließlich müsse der Rahmen den politischen Raum für Kooperationen auf einer Reihe definierter Gebiete wie Klimawandel oder Entnuklearisierung offenhalten.“¹⁴⁴

Demnach könnten und sollten wir als westliche Staatengemeinschaft zurückkehren zur strikten Einhaltung der seit Jahrzehnten praktizierten Ein-China-Politik¹⁴⁵ und auf provokante und unnötige hochrangige Besuche in Taiwan verzichten, mit dem Ziel, den strategischen Status Quo über Taiwan zu bewahren, der seit fünfzig Jahren Bestand hat.

Taiwan selbst könnte und sollte zur Politik der „Fünf Nein“ zurückkehren, die bisher eine Eskalation mit China wesentlich mit verhindert hat.¹⁴⁶

China könnte und müsste sich im Gegenzug verpflichten, seine militärischen Drohgebärden gegenüber Taiwan einzustellen. Dann könnten Deutschland und Europa beim 5G-Netzausbau eine weitere Eskalation mit China durch eine Diversifizierung unserer Lieferketten ersetzen.



14. Kooperation ermöglicht weltweite kontrollierte Abrüstung

Wir benötigen umfangreiche internationale Abrüstungsverträge und einen Wechsel von militärscher zu ziviler Sicherheitspolitik.

Das ist möglich, wenn wir die internationalen Beziehungen auf Augenhöhe gestalten, wie es am Ende des Kalten Krieges 1990 gelungen ist.¹⁴⁷

Die USA und Russland, die mehr als 90% aller Atomwaffen besitzen, müssen erneut mit wirksamen Verhandlungen zu nuklearer Risikoreduktion und nuklearer Abrüstung beginnen. Davon ausgehend sind auch die weiteren Atomwaffenstaaten wie China in die Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen.

Wie eine sozial-ökologische Entspannungspolitik in Europa und im Nahen Osten aufgebaut werden könnte, sollte im Rahmen der OSZE und einer KSZMNO verhandelt werden.

1990 atmete die Welt nach langen Jahrzehnten des Kalten Kriegs spürbar auf – und investierte die durch die Überwindung gegenseitiger Feindbilder und die durch weltweite Abrüstung enormen freiwerdenden Mittel als Friedensdividende in weltweiten sozialen Fortschritt.

Doch die westliche Staatengemeinschaft fühlte sich als Sieger des Kalten Kriegs – und verpasste die Chance, dauerhaft tragfähige kooperative internationale Beziehungen auf Augenhöhe zu etablieren, eine Zone gemeinsamer Sicherheit in ganz Europa.

Anstatt von westlicher Seite zivilgesellschaftliche Initiativen beim Aufbau

demokratischer Strukturen in den ehemals kommunistischen Ländern massiv zu unterstützen, kollaborierten westliche Industrieunternehmen ohne Rücksicht auf die Folgen mit korrupten einheimischen Eliten, um möglichst viel Profit aus den Transformationsländern zu schlagen.

Dabei haben wir in Westeuropa auch die starken Wirkungen der während des Kalten Kriegs nur unterdrückten unverarbeiteten individuellen und nationalen Kriegstraumata unterschätzt. Durch deren mangelhafte Aufarbeitung ist es nicht gelungen, die aktuell großen gesellschaftlichen Umbrüche gewaltfrei zu bewältigen.

Gewaltvolle Entwicklungen in Osteuropa, Afrika, Asien und verbrecherische Anschläge in den USA und in Europa beantworteten wir im Bewusstsein militärischer Sicherheitslogik durch erneute militärische Aufrüstung und Kriegserklärungen. Diese schwächten über die Kriege in Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan, Libyen – und davon ausgehend weiten Teilen Westafrikas -, Syrien und schließlich der Ukraine zunehmend die völkerrechtliche internationale Ordnung.

Die gescheiterten Militärinterventionen in Somalia, Afghanistan, in Mali und anderswo sowie die damit jeweils verbundenen hohen menschlichen, finanziellen sowie ökologischen Folgen¹⁴⁸ bringen immer mehr ins Bewusstsein, dass wir komplexe Konflikte nur durch angemessene Betrachtung und Berücksichtigung der den Konflikten zugrundeliegenden Interessen und Bedürfnisse und zusammen mit den Beteiligten nachhaltig lösen können.¹⁴⁹

Zur Beendigung von Kriegen wie in der Ukraine benötigen wir einen Bewusstseinswandel hin zu ziviler und gemeinsamer Sicherheitspolitik¹⁵⁰ bis hin zur Umsetzung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags und der Einübung Sozialer Verteidigung.¹⁵¹

So hat die AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung in ihrer Stellungnahme *„Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt“* am 17.2.2022 beispielhaft veröffentlicht:

„Die friedenslogische Antwort verlangt von den involvierten Akteuren, die Komplexität des zugrundeliegenden Konflikts anzunehmen und auch anzugehen. Das schließt die Anerkennung des eigenen Anteils an der Problemgenese mit ein...[und] würde von der NATO verlangen, ihre Ordnungspolitik in Gesamteuropa nach 1990, die die Sowjetunion bzw. Russland nicht als gleichberechtigten Akteur anerkennen wollte, als Teil der Problemlage zu begreifen. Analog müsste Russland insbesondere seine seit dem Georgienkrieg 2008 über die eigenen Grenzen ausgreifende militärische Ordnungspolitik als Beitrag zur gegenwärtigen Lage anerkennen.“¹⁵²

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist ein Beispiel für die gelungene Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Bewegung mit UNO-Mitgliedsstaaten, die bereit sind, Atomwaffen zu ächten und abzuschaffen. Ein historischer Erfolg in Zeiten sich auflösender Abrüstungsverträge. Er rückt die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen in den Fokus und wurde im ersten Schritt gegen die Atomwaffenstaaten erungen. Der Verbotsvertrag trat am 22. Januar 2021 in Kraft.

Die USA und Russland, die mehr als 90% aller Atomwaffen besitzen, müssen unabhängig von China erneut mit wirksamen Verhandlungen zu nuklearer Risikoreduktion und nuklearer Abrüstung beginnen.

Staaten müssen ihrer Verpflichtung zur Abrüstung nachkommen, sowohl atomar als auch konventionell. In beispielhafter Weise wurde die neue Norm des Atomwaffenverbots im Atomwaffenverbotsvertrag etabliert, der 2021 in Kraft trat. Dieser Erfolg wurde möglich durch einen etwa zehnjährigen Dialog, in dem sich drei wichtige Gruppen zusammenschlossen: Nichtregierungsorganisationen aus Afrika, Lateinamerika und Asien, Antiatom- und Friedensorganisation aus dem globalen Norden und erfahrene kluge Diplomaten*innen aus Staaten, die sich schon lange für atomare Abrüstung einsetzen.¹⁵³

Ähnlich und anders als nach 1990 können wir auch aus dem Ukraine-Krieg heraus zu nachhaltigen neuen internationalen Abrüstungsvereinbarungen gelangen, wenn es uns gelingt, die internationalen Beziehungen auf Augenhöhe, also ohne Sieger- oder Verlierermentalität, sondern selbstbewusst und gewaltmindernd zu gestalten.¹⁵⁴

Die Studie *Sicherheit neu denken – von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis 2040* zeigt beispielhaft für Deutschland, wie solch eine Entwicklung aus einzelnen Weltregionen heraus gestaltet und umgesetzt werden kann.¹⁵⁵

Auch in anderen Ländern entwickeln zivilgesellschaftliche Initiativen bereits ähnliche Szenarien.¹⁵⁶

Fußnoten

¹ Nakba ist der arabische Begriff für die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser*innen 1948.

² Ralf Becker, Stefan Maaß, Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.], *Sicherheit neu denken*. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik - Ein Szenario bis zum Jahr 2040, Evangelische Landeskirche in Baden 2018, <https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/unsere-szenario/>

³ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/mach-mit/prominente-unterstuetzer/organisationen-initiativen>

⁴ Krieg im Nahen Osten. Es muss eine Lösung geben - ohne die Hamas. 25.10.2023, <https://www.tagesschau.de/kommentar/gaza-hamas-kommentar-100.html> (aufgerufen am 26.10.2023)

⁵ siehe „Biden warnt Israel davor, Fehler der USA nach 9/11 zu wiederholen“, Der Spiegel, 18.10.2023, <https://www.spiegel.de/ausland/joe-biden-warnt-israel-vor-wiederholung-von-fehlern-der-usa-nach-9-11-a-551b46a8-a51f-48b6-9502-1cc77f15c089> (aufgerufen am 2.11.2023)

⁶ Die unter Führung oder Beteiligung der USA geführten Post 9/11-Kriege haben einer Studie zufolge zu 4,5 bis 4,7 Millionen direkten und indirekten Toten geführt, siehe <https://watson.brown.edu/cost-sofwar/papers/2023/IndirectDeaths> (aufgerufen am 20.9.2023)

⁷ Combatants for Peace Erklärung vom 1.11.2023, <https://dieschwelle.de/themen/artikel/hoffnung-im-herzen-der-finsternis> (aufgerufen am 2.11.2023)

⁸ siehe dazu auch unsere Beiträge „Osteuropa: Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa“ in unserem Rethinking Security Report vom Februar 2022, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/351431/rethinking-security-report-2022-.pdf> sowie „Der Krieg in der Ukraine: Auch Folge mangelnder Konfliktsensibilität?“ und „Deutschland und die USA haben 1990 die Nicht-Erweiterung der NATO nach Osten mündlich zugesagt“ in unserem Impulspapier Nr. 2 „Für eine entschlossene und besonnene Reaktion auf Putins Krieg“ vom März 2022, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/351432/snd-impulse-fuer-eine-entschlossene-und-besonnene-reaktion-auf-putins-krieg-18.03.2022-.pdf>

⁹ siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/sipri-bericht-militaerausgaben-2022-101.html> sowie <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1001947/umfrage/militaerausgaben-der-nato-staaten/> (aufgerufen am 28.7.2023)

¹⁰ siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Joint_Vision_2020 (aufgerufen am 28.7.2023)

¹¹ Russlands imperialistische Politik ist natürlich auch als Folge der als großen Verlust erlebten Auflösung der Sowjetunion zu verstehen. Der politische Wandel nach 1990 brachte vielen Menschen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion auf der einen Seite demokratische Rechte wie die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Zugleich war der Wandel jedoch auch ein Durchmarsch neoliberaler kapitalistischer Wirtschaftspolitik, der die Zerschlagung bisheriger wirtschaftlicher Strukturen und eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

¹² siehe DLF Dokumentation: Von Kooperation zum Krieg vom 3.5.22, <https://www.hoerspielundfeature.de/von-kooperation-zum-krieg-100.html>

¹³ siehe u. a.: Der Standard: US-Raketenabwehr in Europa kann auch Marschflugkörper verschießen. Russland sieht nach dem Test am Montag seine Bedenken gegen die "Aegis Ashore"-Anlagen in Polen und Rumänien bestätigt, 20.8.2019; <https://www.derstandard.de/story/2000107598851/us-raketenabwehr-in-europa-kann-auch-marschflugkoerper-verschießen>

¹⁴ siehe u.a. Die ZEIT: Russland veröffentlicht Forderungen an Nato zu Sicherheitsgarantien. Der Kreml hat Forderungen zum Ende der Nato-Osterweiterung vorgelegt. Präsident Putin will über einen neuen Sicherheitspakt verhandeln, 17.12.2021, https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-12/ukraine-konflikt-russland-nato-sicherheitspakt?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (aufgerufen am 14.7.2023) sowie Der Spiegel: Nato soll der Ukraine die Tür zuschlagen. Im Konflikt um die Ukraine erhöht der Kreml den Druck: Nach Russlands Willen soll die Nato ihre Beitrittseinladung an die Ukraine und Georgien offiziell widerrufen. Die Nato will davon nichts wissen, <https://www.spiegel.de/ausland/russische-forderung-nato-soll-beitrittsperspektive-fuer-die-ukraine-zuruecknehmen-abc696c2f-e7ba-452c-b5f4-45bb2f9d0de6> (aufgerufen am 14.7.2023)

¹⁵ siehe Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Glasl: Konfliktdynamik und Friedenschancen in der Ukraine, <https://www.youtube.com/watch?v=qOXmlyY4LAc>

¹⁶ Am 31. Oktober 2001 veröffentlichte die Online-Ausgabe des SPIEGEL ein Interview "Dieser Krieg ist illegal" mit dem renommierten US-Völkerrechtler Francis Boyle zum US-Angriff auf Afghanistan. Boyle verteidigte u.a. den Staat Bosnien-Herzegowina vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag. Das SPIEGEL-Interview führte Christoph Schult. Francis Boyle stellt gleich zu Beginn des Interviews klar, dass das bestehende Völkerrecht durchaus in der Lage sei, die Terroranschläge von New York und Washington zu beurteilen. Mit den Terrorangriffen sei "eindeutig die Montreal-Konvention von 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt verletzt" worden, die neben den USA und Afghanistan von über 150 weiteren Staaten unterzeichnet worden sei. *"Dieses Abkommen bietet einen exzellenten juristischen Rahmen, um auf diese Anschläge zu reagieren."* Obwohl die Anschläge vom 11. September besonders "schrecklich" waren in der Zahl der Opfer, käme das Völkerrecht mit ihnen durchaus "zurecht". Grundsätzlich existiere das Problem nämlich schon seit den 60er Jahren. Voraussetzung sei allerdings, dass man die Anschläge "als terroristische Aktionen" einstufe. *"Wenn wir sie dagegen als Kriegsakt bezeichnen, geben wir Kriminellen eine Würde, die ihnen normalerweise nicht zuteilwürde."* Auch auf eine nochmalige Nachfrage des Interviewers betont Boyle: *"Das waren eindeutig terroristische Akte, wie sie im amerikanischen Gesetz definiert sind."*, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/us-voelkerrechtler-dieser-krieg-ist-illegal-a-164785.html> (aufgerufen am 14.7.2023)

¹⁷ siehe Kapitel „Aus Afghanistan lernen“, *Sicherheit Neu Denken: Turning the Perspective. Overcoming Helplessness. Rethinking Security Report 2022*, S. 8-9, <https://www.sicherheit-neudenken.de/media/download/variant/269297/rethinking-security-report-2022-turning-the-perspective.pdf>

¹⁸ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/250808/kommentar-tages-schau-de-09.11.2021-zu-9-11.pdf>

¹⁹ Dr. Hans-Georg Ehrhart: Mythos „Robuste Militärinterventionen können dabei helfen, Konflikte im Globalen Süden zu lösen.“, in: Vereinigung Deutscher Wissenschaftler: Auftaktpapiere zu gängigen Mythen in der Sicherheits- und Friedenspolitik: *„Die jüngsten militärischen Interventionen haben etwa in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien zu mehr Unsicherheit geführt, im Kongo oder in Somalia hat sich auch nach jahrelangen Interventionen nichts Grundlegendes verändert. Versuche der Stabilisierung wie etwa in Mali oder in der Zentralafrikanischen Republik schlagen fehl oder kommen nicht wirklich voran, weil die dem Konflikt zugrundeliegenden Ursachen komplex und struktureller Art sind.“*, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186698>

sowie *Sicherheit Neu Denken: Turning the Perspective. Overcoming Helplessness. Rethinking Security Report 2022*, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/269297/rethinking-security-report-2022-turning-the-perspective.pdf>

²⁰ siehe Kapitel „Aus Afghanistan lernen“, *Sicherheit Neu Denken: Turning the Perspective. Overcoming Helplessness. Rethinking Security Report 2022*, S. 9-11 ff, <https://www.sicherheit-neudenken.de/media/download/variant/269297/rethinking-security-report-2022-turning-the-perspective.pdf>

²¹ dito S. 14

²² dito S. 14-15

²³ siehe Harald Lesch: Die Wissenschaft von Krieg und Frieden, ZDF, 7.11.2023, <https://www.zdf.de/wissen/leschs-kosmos/die-wissenschaft-von-krieg-und-frieden-102.html> (aufgerufen am 10.11.2023, aufrufbar bis zum 7.11.2028)

²⁴ dito S. 16-17

²⁵ dito S. 16-17, zitiert aus: Tobias Bunde, Sophie Eisentraut, Natalie Knapp, Randolph Carr, Julia Hammelehle, Isabell Kump, Luca Miehe, and Amadée Mudie-Mantz, "Munich Security Report 2022: Turning the Tide – Unlearning Helplessness," Munich: Munich Security Conference, February 2022, <https://doi.org/10.47342/QAWU4724> (aufgerufen am 5.11.2023)

²⁶ dito S. 19 ff

²⁷ dito S. 22-24

²⁸ Der Palästinenser Bassam Aramin zum Abschluss des Gesprächs mit dem Israeli Rami Elhanan. Beide haben im Nahostkonflikt jeweils eine Tochter verloren und kämpfen als enge Freunde für den Frieden in der Hinterbliebenen-Organisation "The Parents Circle" (Elternkreis). Aus dem Interview von Jörg Schindler, in Der Spiegel 45/2023 vom 4.11.23, <https://www.spiegel.de/ausland/nahostkonflikt-ein-palaestiner-und-ein-israeli-kaempfen-als-enge-freunde-fuer-frieden-a-3fd0a625-a2d0-467d-9190-f7ba6a9cbfa9> (aufgerufen am 5.11.2023)

²⁹ Nakba ist der arabische Begriff für die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser*innen 1948.

³⁰ Diese Kontextualisierung dient nicht der Rechtfertigung des nicht zu rechtfertigenden schrecklichen Anschlags der Hamas vom 7. Oktober 2023. Sie ist jedoch notwendig, um die Anschläge vom 7. Oktober zu verurteilen und politisch reagieren zu können trotz des Kontextes kultureller und struktureller Gewalt Israels (siehe das Interview des SRF mit Omri Boehm: Omri Boehm, lässt sich ohne Hass über Nahost sprechen? vom 29.10.2023, <https://www.srf.ch/play/tv/sternstunde-philosophie/video/omri-boehm-laesst-sich-ohne-hass-ueber-nahost-sprechen?urn=urn:srf:video:23277705-7c3e-46c9-92e9-89c21b315714> (aufgerufen am 9.11.2023))

Ähnlich dem Eisberg-Modell der Kommunikationstheorie veranschaulicht das Modell kultureller und struktureller Gewalt, welche bedeutsamen, meist unsichtbaren Formen von Gewalt mit den Formen sichtbarer, direkter Gewalt verbunden sind. Johan Galtung. In: Friedenskultur vs. Gewaltkultur – Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven, 2017, Grafik: Katarina Marej, siehe auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Gewaltdreieck> und <https://de.wikipedia.org/wiki/Eisbergmodell>

Strukturelle Gewalt bezeichnet die Vorstellung, dass Gewaltförmigkeit auch staatlichen bzw. gesellschaftlichen Strukturen inhärent ist – in Ergänzung zum klassischen Gewaltbegriff, der einen unmittelbaren personalen Akteur annimmt. In besonderer Weise formulierte der norwegische Friedensforscher Johan Galtung ab 1971 diese Theorie, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Strukturelle_Gewalt Kulturelle Gewalt dient der Legitimation direkter Gewalt und ist „in Religion und Ideologie, in Sprache und Kunst, Wissenschaft und Recht, Medien und Erziehung“ verankert.

Im Israel-Palästina-Konflikt sind dies neben der Leugnung des Existenzrechts Israels durch die Hamas u.a. auch die jahrzehntelange gewaltsame Besatzung und die Unterdrückung völkerrechtlich verbriefter Rechte der Palästinenser, die immer wieder zum Ausbruch direkter Gewalt im Nahen Osten beitragen. UN-Generalsekretär António Guterres formulierte diesen Zusammenhang in der Debatte des UN-Sicherheitsrats am 24.10.2023 so: „Es ist wichtig zu erkennen, dass die Angriffe der Hamas nicht im luftleeren Raum stattfanden.“ Das palästinensische Volk sei 56 Jahre lang einer erdrückenden Besatzung ausgesetzt. <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-israel-dienstag-102.html> sowie <https://www.tagesschau.de/ausland/guterres-nahost-streit-100.html> (aufgerufen am 24.10.2023)

³¹ Dan Bar-On, israelische Psychologin zitiert in: Alexandra Senfft: Wider die "Kultur des Konflikts": Palästinenser und Israelis im Dialog, BpB Aus Politik und Zeitgeschichte 2010, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32925/wider-die-kultur-des-konflikts-palaestiner-und-israelis-im-dialog/> (aufgerufen am 06.11.2023). Dieser anschauliche Artikel der Bundeszentrale für politische Bildung ist insgesamt sehr lesenswert.

³² Die israelische Aktivistin und Kriegsdienstverweigerin Sahar Vardi beschreibt dieses Gefangensein mit folgenden Worten:

"Es ist so schwer, hier menschlich zu bleiben. Es ist anstrengend, und es fühlt sich an, als ob die Welt dich immer wieder auffordert, es sein zu lassen. Es ist so viel einfacher, "sich für eine Seite zu entscheiden" – es ist fast egal, für welche Seite, man muss sich nur entscheiden und dabeibleiben, um den Schmerz, den man empfindet, zu verringern. Wenigstens fühlt man sich als Teil einer Gruppe und nicht so allein mit all dem. Als ob das wirklich eine Option wäre. Als ob wir nicht verstehen würden, dass unsere Schmerzen miteinander verwoben sind. Dass es keine Lösung nur für den Schmerz von Ofakim gibt, ohne eine Lösung für den Schmerz von Khan Yunis. Und wir wissen es und wiederholen es und fühlen den Schmerz immer und immer wieder."

Sahar Vardi: Doppelte Loyalität, in: Connection, Rundbrief 3/2023, S. 25.

(Ofakim ist eine Stadt im Süden Israels, nahe Be'er Sheva, in dem bei dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 50 Menschen getötet wurden. Khan Yunis ist eine Stadt im Süden des Gaza-Streifens. In ihr wurde am 22. Oktober 2023 ein Café von Bomben getroffen, wobei elf Menschen starben.

³³ Gideon Levy, Tageszeitung Haaretz, im Tagesthemen-Interview am 7.11.2023, <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1269928.html> (aufgerufen am 12.11.2023)

³⁴ Wir Deutsche tragen an der immer wieder sich entladenden Gewalt im Nahen Osten durch den Holocaust enorme Verantwortung.

Großbritannien hat den geflohenen Juden als vom Völkerbund eingesetzte Schutzmacht im Nahen Osten – selbst geschwächt durch den von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg - sehenden Auges eine mit Gewalt und Vertreibung verbundene Staatsgründung ermöglichte, obwohl das Völkerbunds-Mandat zur Unterstützung der „Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ ausdrücklich die Bedingung formulierte „dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina [...] beeinträchtigen würde“, siehe

https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerbundsmandat_f%C3%BCr_Pal%C3%A4stina - Auch zahlreiche arabische Staaten der Region enthalten Millionen geflohenen Palästinensern seit Jahrzehnten Grundrechte vor.

³⁵ Krieg im Nahen Osten. Es muss eine Lösung geben - ohne die Hamas. 25.10.2023, <https://www.tagesschau.de/kommentar/gaza-hamas-kommentar-100.html> (aufgerufen am 26.10.2023)

³⁶ Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) diente während des Ost-West-Konflikts als Forum der Vertrauensbildung zwischen den verfeindeten Staaten des West- und des Ostblocks. Die erste einer ganzen Reihe von Konferenzen wurde 1973 eröffnet und 1975 mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki beendet. Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_%C3%BCber_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa

³⁷ siehe auch weiterführende Impulse zu einer KSZMNO bei Mohssen Massarrat: Historische Chance für eine Persischer-Golf-KSZ-Initiative, 2020, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/351430/kszmno-neustart2020.historische-chance.mm201211.pdf> sowie IPPNW und IALANA: Basisdokument Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO), 2007, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/351429/kszmno-kurzfassung.pdf>

³⁸ Grußwort von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach zur 19. Internationalen Friedenskonferenz München 2021, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/344017/grusswort-munchnen-prof.-dr.-hanne-margret-birckenbach-19.02.2021.pdf>. Zur Friedenslogik siehe auch <https://pzkb.de/friedenslogik/>;

Prof. Dr. Friedrich Glasl beschreibt friedenslogische Handlungsmöglichkeiten anhand von 9 Stufen möglicher Konflikt-Deeskalation: "Konfliktdynamik und Friedenschancen in der Ukraine", Vortrags-Aufzeichnung vom 24.03.2022, <https://www.youtube.com/watch?v=qOXmlyY4LAc>

³⁹ Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Zusammenfassung, Juni 2023, S. 26

⁴⁰ „Die globalen Anstrengungen zur ökologischen Transformation und die notwendigen Anpassungen an die Klimakrise erfordern weltweit massive Investitionen.“ Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Zusammenfassung, Juni 2023, S. 64

⁴¹ siehe Auswertung des Robert-Koch-Instituts, des Deutschen Wetterdienstes und des Umweltbundesamts, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336337/studie-19.000-hitze-tote-2018-bis-2020.pdf>; in Europa sind es über 60.000 hitzebezogene Todesfälle/Jahr, siehe <https://www.tagesschau.de/wissen/hitzebezogene-tote-europa-100.html> (aufgerufen am 14.7.2023)

⁴² siehe <https://www.tagesschau.de/wissen/hitzebezogene-tote-europa-100.html> (aufgerufen am 14.7.2023)

⁴³ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336342/risikoanalyse-des-bundes-deutschland-von-extremwetter-bedroht-2021.pdf>

⁴⁴ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336343/umfrage-landkreise-erwarten-mehr-extremwetter-und-klimaschaeden-2023.pdf>

⁴⁵ Dpa-afx (2022): ROUNDUP Munich Re. Naturkatastrophen richten 280 Milliarden Dollar Schaden an, <https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2022-01/54931056-roundup-munich-re-naturkatastrophen-richten-280-milliarden-dollar-schaden-an-016.htm>, (aufgerufen am 14.7.2023)

⁴⁶ Anselm Vogler und Martin Webeler: Klimawandel, Energie und Umwelt. Klimasicherheit und Europa. Welche direkten und indirekten Folgen hat der Klimawandel?, Friedrich-Ebert-Stiftung Mai 2022, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336349/fes-klima-und-sicherheit-2022.pdf>

⁴⁷ tagesschau.de: Mehr als 52 Grad im Nordwesten Chinas, 17.07.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-hitzerekord-100.html>

Militärkommandeure Chinas wie der USA erkennen bereits heute, dass Streitkräfte eine immer größere Rolle dabei spielen müssen, Länder nicht gegen feindliche Raketen oder andere Kräfte zu verteidigen, sondern gegen das zunehmende Wüten der globalen Erderwärmung: Michael T. Klare: China anno 2049: Klimaopfer statt Kriegsmacht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe Oktober 2021, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2021/oktober/china-anno-2049-klimaopfer-statt-kriegsmacht> (aufgerufen am 14.7.2023: „So oder so können wir allerdings einer Sache ziemlich sicher sein: Wie schon der Begriff allzu deutlich zeigt, taugt das alte Format des Kalten Krieges nicht

länger für die Militärpolitik, nicht auf einem derart aufgeheizten Planeten.[27] Gehen wir daher davon aus, dass chinesische Soldaten im Jahr 2049 sehr viel mehr Zeit damit verbringen werden, mit Sandsäcken die Küste ihres Landes gegen steigende Meeresspiegel zu schützen, als Waffensysteme zu bemannen, um amerikanische Soldaten zu bekämpfen.“

„Um einen Eindruck davon zu bekommen, wie schwer die Klimakrise China treffen wird, muss man nicht weiter schauen als bis zur jüngsten Überflutung in Zhengzhou, einer Metropole mit 6,7 Millionen Einwohnern und die Hauptstadt der Provinz Henan. Binnen 72 Stunden wurde Zhengzhou zwischen dem 20. und 22. Juli mit Regenmassen überflutet, die einst die normale Menge eines ganzen Jahres gewesen wären. ... Diese Einheiten wurden bald ergänzt, bis schließlich gut 46.000 Soldaten der VBA und der Bewaffneten Volkspolizei sowie 61.000 Milizionäre in Henan eingesetzt waren.“

„Leider rüstet China seit einigen Jahren militärisch stark auf, aber immer noch auf relativ niedrigem Niveau. So haben die Atomgroßmächte USA und Russland jeweils etwa 6000 Atomsprengköpfe gelagert, China höchstens 400. Die USA besitzen 10 Flugzeugträger, China knapp Zwei (einer noch unfertig). Und die Militärausgaben sind ähnlich verschieden. Es ist vorstellbar, dass China auch auf militärischem Gebiet seine Konkurrenten in 10 bis 15 Jahren überholen wird. Sollte man das nicht durch Verhandlungen zur kontrollierten Abrüstung rechtzeitig, also jetzt, vermeiden?“

⁴⁸ Der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung: Klimawandel und Konflikte. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, 2021, <https://beirat-zivile-krisenpraevention.org/publikation/klimawandel/>; Auswärtiges Amt (2022): G7 Foreign Ministers' Statement on Climate, Environment, Peace and Security, <https://www.auswaertiges-amt.de/en/news-room/news/-/2531240> (beide aufgerufen am 14.7.2023)

⁴⁹ Anselm Vogler und Martin Webeler: Klimawandel, Energie und Umwelt. Klimasicherheit und Europa. Welche direkten und indirekten Folgen hat der Klimawandel?, Friedrich-Ebert-Stiftung Mai 2022, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336349/fes-klima-und-sicherheit-2022.pdf>

⁵⁰ siehe <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/ein-albtraum-der-im-globalen-sueden-taegliche-realitaet-ist>

⁵¹ siehe IPCC (2022): Summary for Policymakers; in: IPCC (2022): Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change; https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf, S. 16 (aufgerufen am 14.7.2023)

⁵² „Die Bilanz ist denkbar ernüchternd. Die Summe der nationalen Zusagen der Staaten beim Klimaschutz ist zu gering - und dann reicht auch die jeweilige nationale Umsetzung in konkrete Politik nicht aus, um zumindest diese Zusagen einzuhalten.

Und dennoch bemüht sich der Bericht, den das UN-Klimasekretariat veröffentlicht hat, um einen positiven Zugang: Es hätte schlimmer kommen können. Seit die Klimarahmenkonvention - die Mutter aller Klimaverträge - in Kraft getreten ist, habe es in den vergangenen fast 30 Jahren deutliche Verbesserungen gegeben. Noch 2010 sei die Staatengemeinschaft auf dem Weg in eine 3,7 bis 4,8 Grad heißere Welt gewesen, heißt es da. Mit dem Paris-Abkommen waren dann drei bis 3,2 Grad wahrscheinlich. Derzeit sei man bei 2,6 bis 2,7 Grad - und wenn tatsächlich alle neuen Zusagen eingehalten würden - auch die vagen langfristigen Absichtserklärungen -, komme man bei 1,7 bis 2,1 Grad heraus.

Aber das Zeitfenster, in dem man die Erderwärmung auf die angestrebten maximal 1,5 Grad begrenzen könne, schließe sich sehr schnell. Deshalb müsse schnell und in allen Bereichen nachgebessert werden: mehr Klimaschutz, mehr Geld, mehr Beteiligung der Wirtschaft und auch der Menschen. Betroffen seien alle Lebensbereiche: wie wir leben, reisen, essen.“, SWR, Werner Eckert, 08.09.2023, <https://www.tagesschau.de/wissen/klimaschutz-un-bestandsaufnahme-100.html> (aufgerufen am 27.7.2023)

⁵³ Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Zusammenfassung, Juni 2023, S. 22

⁵⁴ dito: S. 29

⁵⁵ Tagesthemen vom 14.06.2023: <https://twitter.com/tagesthemen/status/1669081523809550336> (aufgerufen am 14.7.2023); Bundesfinanzminister Lindner fordert konkret für den Bundeshaushalt 2023 alle Ministerien mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums auf, insgesamt 20 Mrd. € einzusparen: Lindner schickt Sparvorgaben an Ministerien, 1.6.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/haushaltvorgaben-lindner-100.html> (aufgerufen am 27.7.2023)

⁵⁶ siehe <https://www.sgr.org.uk/resources/carbon-boot-print-military-0>

⁵⁷ siehe <https://ceobs.org/how-does-war-contribute-to-climate-change/>

⁵⁸ siehe <https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/Pentagon%20Fuel%20Use%20Climate%20Change%20and%20the%20Costs%20of%20War%20Revised%20November%202019%20Crawford.pdf>

⁵⁹ https://ceobs.org/wp-content/uploads/2022/11/SGR-CEOBS_Estimating_Global_Military_GHG_Emissions.pdf, siehe IPPNW-Pressemitteilung vom 11. November 2022: Neue Studie: Globale Militäraktivitäten für 5,5 % aller CO₂-Emissionen verantwortlich, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/344083/studie-militaer-fuer-ueber-5-prozent-des-globalen-co2-ausstosses-verantwortlich-november-2022.pdf>

⁶⁰ Allein die CO₂-Emissionen der Bundeswehr im Bereich Mobilität stiegen nach Angaben der Bundesregierung von 2019 bis 2021 um 25 Prozent. Ursächlich dafür ist vor allem der Anstieg des Kraftstoffverbrauchs der Luftwaffe. Insgesamt hat die Bundeswehr im Jahr 2021 1,71 Millionen Tonnen CO₂-Equivalent ausgestoßen - gegenüber 1,45 Millionen Tonnen im Jahr 2019. Das entspricht einer Steigerung von beinahe 18 Prozent. Die Energie- und Emissionsbilanz des bundesdeutschen Militärs ist den aktuell veröffentlichten Zahlen zudem nach wie vor unvollständig dokumentiert: Die Auslandseinsätze deutscher Soldaten sind bisher nicht eingerechnet., <https://www.tagesschau.de/investigativ/rbb/klimaziele-bundeswehr-co2-emissionen-101.html> (aufgerufen am 13.09.2023)

⁶¹ Angelika Claußen: Klimakiller Krieg, IPG 13.07.2022, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/klimakiller-krieg-6068/> (aufgerufen am 13.09.2023)

⁶² siehe https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/NATOs_Climate_Crossfire.pdf sowie Susanne Götz: Zwei-Prozent-Ziel der Nato gefährdet wohl weltweite Klimaziele, Der Spiegel, 10.10.2023, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/nato-zwei-prozent-ziel-gefaehrdet-wohl-weltweite-klimaziele-a-ed3b9a93-59c6-4e0d-b063-bc15a4f9508d> (aufgerufen am 8.11.2023)

⁶³ Umweltbundesamt: 30 Jahre Montrealer Protokoll: Schutz von Ozonschicht und Klima. Am 16. September 1987 unterzeichneten 24 Staaten und die Europäische Gemeinschaft das Montrealer Protokoll. Es leitete den verpflichtenden Ausstieg aus den Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) ein und stoppte so die weitere Zerstörung der Ozonschicht durch diese Stoffe. Der Umstieg auf Alternativen zu den FCKW mit ihrem hohen Treibhauspotenzial leistet auch einen Beitrag zum Klimaschutz. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/30-jahre-montrealer-protokoll-schutz-von> (aufgerufen am 5.11.2023)

⁶⁴ siehe Punkt 14 der Resolution A/RES/ES-11/1 der UN-Generalversammlung vom 2. März 2022: „fordert nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel“, https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_ES-11/1_der_UN-Generalversammlung sowie Punkt 7 der Resolution A/RES/ES-11/4 der UN-Generalversammlung vom 12. Oktober 2022, https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_ES-11/4_der_UN-Generalversammlung sowie Punkt 3 der Resolution A/RES/ES-11/6 der UN-Generalversammlung vom 23. März 2023, <https://www.un.org/depts/german/gv-notsondert/ares-es-11-6.pdf> (alle aufgerufen am 19.9.2023)

⁶⁵ siehe Ralf Becker: Freiheit gewinnen. Christliche Verantwortungsethik und die Überwindung fossiler Konfliktbewältigung, zeitzeichen 1. Mai 2022, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336747/freiheit-gewinnen-zeitzeichen.de-druckausgabe-01.05.2022.pdf>

⁶⁶ „Das Konzept der planetaren Grenzen wurde ursprünglich von einer 28-köpfigen Gruppe von Erdsystem- und Umweltwissenschaftlern unter Leitung von Johan Rockström entwickelt und 2009 erstmals veröffentlicht. Es beschreibt ökologische Grenzen der Erde, deren Überschreitung die Stabilität des Ökosystems der Erde gefährdet und damit die Widerstandsfähigkeit des Planeten. Derzeit werden neun planetare Grenzen diskutiert: Klimawandel, Versauerung der Ozeane, stratosphärischer Ozonabbau, atmosphärische Aerosolbelastung, biogeochemische Kreisläufe (etwa Phosphor und Stickstoff), der (Süß-)Wasserverbrauch, Landnutzungsänderung wie Abholzungen, die Unversehrtheit der Biosphäre (also der Biodiversitätsverlust) und das Einbringen neuartiger Substanzen, etwa die Belastungen durch Chemikalien.“, <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/klimawandel-planetare-grenzen-erderwaermung-100.html> (aufgerufen am 19.9.2023)

⁶⁷ dito sowie <https://www.scinexx.de/news/geowissen/sechs-von-neun-planetaren-grenzen-ueber-schritten/> (aufgerufen am 17.9.2023)

⁶⁸ ESBs = safe and just earth system boundaries

⁶⁹ Der folgende Text ist weitgehend wörtlich entnommen aus tagesschau.de: Studie zu Klimafor-schung. Grenzen der Erde bereits überschritten?, 31.05.2023 18:44 Uhr,

<https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336599/studie-zu-klimaforschung-grenzen-der-erde-bereits-ueberschritten-mai-2023.pdf>

⁷⁰ siehe <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/rekordhitze-weltmeere-100.html> (aufgerufen am 19.9.2023)

⁷¹ siehe <https://www.daserste.de/information/nachrichten-wetter/brennpunkt/sendung/brennpunkt-flutkatastrophe-in-libyen-100.html> (aufgerufen am 19.9.2023)

⁷² siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/libyen-flut-tote-100.html> (aufgerufen am 19.9.2023)

⁷³ siehe Fußnote 69

⁷⁴ siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/un-nachhaltigkeitsgipfel-schulze-100.html> (aufgerufen am 19.9.2023)

⁷⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/regional/nordrheinwestfalen/wdr-weltweit-nimmt-der-hunger-zu-wo-er-am-groessten-ist-und-welche-gruende-es-gibt-100.html> (aufgerufen am 27.7.2023)

⁷⁶ Behr, Alexander (2022) Globale Solidarität. Wie wir die imperiale Lebensweise überwinden und die sozial-ökologische Transformation umsetzen, <https://www.oekom.de/buch/globale-solidaritaet-9783962383701>,

siehe dazu Institut für globalen Dialog: „In deinem Buch sprichst du von der imperialen Lebensweise im Globalen Norden, also hier bei uns in Österreich, in Europa. Was müssen wir uns darunter vorstellen und warum ist diese so problematisch?“ A. Behr: „Der Lebensstil der meisten Menschen im Globalen Norden sowie der Mittelschichten in den Schwellenländern beruht auf der Verbrennung fossiler Energien sowie auf systematischen Menschenrechtsverletzungen und ist nicht verallgemeinerbar. Die imperiale Lebensweise produziert und festigt zudem die wachsende Ungleichheit innerhalb der Länder des Globalen Nordens. Fest steht, dass uns nicht mehr viel Zeit bleibt, um die irreversiblen Schäden einzudämmen, die der global entfesselte Kapitalismus verursacht. Die Klimakrise wirkt heute als Brandbeschleuniger für alle anderen Krisen – seien es soziale, ökonomische und ökologische Krisen oder kriegerische Auseinandersetzungen.“, <https://www.vidc.org/themen/wirtschaft/dieueberwindung-der-imperialen-lebensweise-bedeutet-nicht-verzicht-sondern-gewinn-an-lebensqualitaet-weltweit>

⁷⁷ Verena Kern: Reiche haben eine besonders schlechte Klimabilanz - und laut einer Studie wenig Einsicht, <https://www.fr.de/politik/wir-haben-energiesparlampen-92288717.html> (aufgerufen am 19.5.2023)

⁷⁸ Stellungnahme zur Nationalen Sicherheitsstrategie. Empfehlungen des Beirats der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung, 24. Juli 2023, S.4, <https://beirat-zivile-krisenpraevention.org/publikation/stellungnahme-nationale-sicherheitsstrategie/> (aufgerufen am 27.7.2023)

⁷⁹ Kai Ambos: Doppelmoral - Der Westen und die Ukraine, 2022, <https://www.westendverlag.de/buch/doppelmoral-der-westen-und-die-ukraine/>

⁸⁰ Die Bundesregierung: Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, 2016, S. 41, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336844/weissbuch2016.pdf>

⁸¹ Peter Frankopan: Licht aus dem Osten. Eine neue Geschichte der Welt, 2017, <https://www.rowohlt.de/buch/peter-frankopan-licht-aus-dem-osten-9783499631672>

⁸² Centre for Feminist Foreign Policy CFFP: Make Foreign Policy Feminist. Eine Feministische Außenpolitik für Deutschland, 2021, S. 4, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336883/cffp-manifest-feministische-aussenpolitik-2021.pdf>

⁸³ Wir sprechen von respektvollem Selbstbewusstsein, das sich von übersteigertem, arrogantem Selbstbewusstsein unterscheidet.

⁸⁴ siehe Alice Ekman, European Union Institute for Security Studies: China's Global Security Initiative. When the process matters more than the content, 2023.

⁸⁵ siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4rbasen_der_Vereinigten_Staaten_im_Ausland (aufgerufen am 27.7.2023)

⁸⁶ siehe u.a. SIPER-Karte der US-Auslandsmilitärbasen 2016, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186530>

⁸⁷ Hinzu kommen Erinnerungen an die Kolonialzeit, unter denen viele Länder des globalen Südens bis heute leiden. Sie fühlen sich auch heute noch häufig bevormundet. Dies wurde jüngst bei einer Pressekonferenz in Kinshasa deutlich, als der Präsident der Demokratischen Republik Kongo, Felix Tshisekedi, seinen französischen Gast, Präsident Emmanuel Macron, vor laufenden Kameras darauf

hinwies, dass sich die Art der Kooperation zu ändern habe: *„Die Art und Weise, wie Frankreich und Europa mit uns umgehen. Sie müssen anfangen, uns zu respektieren und die Afrikaner auf eine andere Art und Weise zu sehen. Sie müssen aufhören, uns so zu behandeln und in einem bestimmten Ton mit uns zu sprechen. Als ob sie immer absolut Recht hätten und wir nicht.“*, aus: Herbert Wulf: Kampfansage an den Westen, in: IPG, 12.06.2023, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336715/kampfansage-an-den-westen-12.06.2023-ipg.pdf>

⁸⁸ tagesschau.de vom 24.08.23: „Ziel der Allianz ist es, ein Gegengewicht zur geopolitischen und wirtschaftlichen Dominanz des Westens zu bilden. Auch ihre Abhängigkeit vom US-Dollar als globale Leitwährung möchten die BRICS-Länder reduzieren.“, <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/brics-staaten-erweiterung-100.html> sowie <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/guterres-brics-gipfel-100.html> (aufgerufen am 27.8.2023). So vereinbarten Brasilien und China im März 2023, den Handel in den jeweiligen Landeswährungen abzuwickeln, dem chinesischen RMB-Yuan und dem brasilianischen Real. Dieses gegenseitige Verfahren wenden ebenfalls China und Russland an. Siehe auch Herbert Wulf, Kampfansage an den Westen. Die BRICS-Staaten zielen auf ein Ende der bestehenden Weltordnung, in: IPG-Journal 12.6.2023, www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/kampfansage-an-den-westen-6766/?utm_campaign=de_40_20230613&utm_medium=email&utm_source=newsletter (aufgerufen am 21.7.2023) mit u.a. folgenden Aussagen: *„Wladimir Putins Mantra gegen eine unipolare Welt, in der die USA das Sagen haben, wird im globalen Süden weitgehend geteilt. Für sie ist die Zeit des ‚globalen Polizisten‘ vorbei. Hinzu kommen Erinnerungen an die Kolonialzeit, unter denen viele Länder des globalen Südens bis heute leiden. Sie fühlen sich auch heute noch häufig bevormundet.“*

⁸⁹ dito, siehe auch u.a. Ministry of Foreign Affairs of the People’s Republic of China: US Hegemony and its Perils, 20 February 2023, https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230220_11027664.html (aufgerufen am 27.7.2023)

⁹⁰ Herbert Wulf: Kampfansage an den Westen, in: IPG, 12.06.2023, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336715/kampfansage-an-den-westen-12.06.2023-ipg.pdf>

⁹¹ Wladimir Pawlenko: Russland und China schlagen neue Spielregeln vor, in: dgksp-diskussionspapier vom 14. April 2021: Global Governance im Diskurs – China und Russland positionieren sich, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336665/volltext-gemeinsame-erklarung-russland-china-2021--pdf--1-.pdf>, S. 16

⁹² Hier haben die jeweiligen zivilgesellschaftlichen Gruppen eine besondere Bedeutung, die es solidarisch gegen alle Anfeindungen zu stärken und deren Vernetzung es zu fördern gilt.

⁹³ Wilfried Schreiber: Global Governance – Eine gemeinsame Antwort aus China und Russland an den transatlantischen Westen, DGKSP-Diskussionspapier, 14. April 2021, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336664/global-governance-wider-neukolonialismus-2021-wilfried-schreiber.pdf>; Gemeinsame Erklärung der Außenminister der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zu einigen Fragen der Global Governance unter aktuellen Bedingungen., 24.03.2021, deutsche Übersetzung veröffentlicht in: DGKSP-Diskussionspapier vom 14. April 2021: Global Governance im Diskurs – China und Russland positionieren sich, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336665/volltext-gemeinsame-erklarung-russland-china-2021--pdf--1-.pdf>. Die chinesisch-russische Erklärung ist relativ knapp und allgemein gehalten. Sie ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, *„Meinungsverschiedenheiten beiseitezuschieben, gegenseitige Verständigung zu verstärken und die Zusammenarbeit im Interesse einer gemeinsamen Sicherheit und geopolitischen Stabilität auszubauen sowie zur Gestaltung einer gerechteren, demokratischen, rationalen multipolaren Weltordnung beizutragen.“* Indem sie dabei die gemeinsame Bewahrung des internationalen Rechtssystems – in dem den Vereinten Nationen (VN) die zentrale Rolle zukommt – in den Vordergrund stellen, verweisen die beiden Außenminister auf ein neues Verständnis von „Global Governance“ in der Welt von heute bzw. versuchen, dieses Verständnis wieder auf die ursprünglichen Wurzeln zurückzuführen.“ (S. 27-28)

Wilfried Schreiber schreibt weiter (redaktionell leicht überarbeitet): *„Dabei wollen China und Russland keineswegs ‚eine neue Weltordnung anführen‘, wie transatlantische Journalist*innen und auch Politiker*innen oft argwöhnen. Dieser Argwohn hängt mit unserer westlichen Sozialisation zusammen. Wir alle leben in einer Gesellschaft, die uns permanent den Eindruck vermittelt, dass wir ganz einzigartige Individuen sind und „die beste aller möglichen Welten“ erleben. Wir projizieren unsere eigene Denkweise auf die Denkweise der Vertreter anderer politischer Kulturen. Hinter dieser Auffas-*

sung steht das manichäische Weltbild des transatlantischen Westens insgesamt: die Teilung der Welt in Gute und Böse, in ‚Wir und die Anderen‘. Dieses Weltbild beruht auf dem Selbstverständnis des Westens als der höchsten Stufe der menschlichen Zivilisation – im Unterschied zu allen anderen real bestehenden Kulturen bzw. Zivilisationen, in deren Rahmen die annähernd 200 Staaten dieser Welt koexistieren.

Man sollte sich an Samuel P. Huntington erinnern, der bereits in den 1990er Jahren darauf aufmerksam machte, dass ‚der Glaube an die Universalität der westlichen Welt an drei Problemen [kranke]: er ist falsch, er ist unmoralisch, und er ist gefährlich‘. Huntington sah in einer Politik des Westens, die „unterschiedliche kulturelle Wertvorstellungen“ nicht berücksichtige, die Wurzel für Konflikte zwischen den Staaten verschiedener Zivilisationen bzw. Kulturkreise – insbesondere an deren Randzonen. Genau diese Vorhersage hat sich mit den Kriegen auf dem Balkan sowie im Nahen und Mittleren Osten bestätigt. Man muss Vorstellungen Huntingtons vom ‚Kampf der Kulturen‘ nicht teilen; unbestreitbar bleibt die tiefe Widersprüchlichkeit zwischen ‚dem Westen‘ und dem Rest der Welt. Dieses Zivilisationsmodell entspricht dem Lebensbild des ‚weißen Mannes‘, der Anfang des 16. Jahrhunderts begann, sich die außereuropäische Welt zu unterwerfen – und dies bis heute durch ‚den Westen‘ praktiziert. Nur was der ‚weiße Mann‘ (samt seiner ‚weißen Frau‘) beschließt, soll Geltung in der Welt bekommen. Das ist letztlich struktureller Rassismus. Innenpolitisch ist alles geglättet und antirassistisch aussehend. Da wird durch Genderisierung und endlosen Streit darüber, wie zum Beispiel ‚colored people‘ politisch korrekt bezeichnet werden dürfen, die Gesellschaft bis in kleinste Minderheiten parzelliert. Statt soziale Gemeinsamkeiten und das Gemeinwohl herauszustellen, werden in unserer Gesellschaft die Rechte und Besonderheiten des Individuums einseitig betont. Nach außen aber werden ganze Völker mit Håme, Hass und Hysterie überschüttet, um das westliche Lebensbild weltweit durchzusetzen.“

⁹⁴ siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/russland-afrika-104.html> (aufgerufen am 27.7.2023)

Gemeint sind natürlich die Wagner-Gruppen, die inzwischen in verschiedenen afrikanischen Ländern von den Machthabern westlicher militärischer Unterstützung vorgezogen werden, die die Lage der Zivilgesellschaften in den betroffenen Ländern eher verschlechtern als verbessern dürften.

⁹⁵ dito

⁹⁶ Paul Munzinger: Lektionen in Demut, SZ vom 31.08.2023, <http://sz.de/1.6180824> sowie <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/343099/afrikapolitik-lektionen-in-demut-munzinger-sz-31.8.23.pdf>

⁹⁷ siehe „Schwindet Frankreichs Einfluss in Afrika?“, „Als ‚France Afrique‘ wird jenes Herrschaftssystem bezeichnet, das Frankreich nach der formalen Unabhängigkeit der französischen Kolonien ab den 1950er-Jahren entwickelte, um de facto seinen Einfluss in Afrika aufrechtzuerhalten. Dafür schreckte Paris weder vor dem Einsatz von Söldnern, noch vor Bestechung oder militärischer Intervention für einzelne zugeneigte Machthaber zurück.“, tagesschau.de 11.09.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/frankreich-einfluss-afrika-100.html> (aufgerufen am 15.09.2023)

⁹⁸ Olaf Weber verdeutlicht diesen Zusammenhang: „Es ist nicht akzeptabel, dass die USA über 800 Militärstützpunkte in aller Welt verfügen. Sie verteidigen dort nicht das Land USA, sondern deren Wirtschaftsinteressen - und sie verteidigen auch nicht Freiheit und Demokratie, wie die Unterstützung vieler ‚williger‘ Diktatoren beweist. Der heftigste Antagonismus hat sich zwischen den USA und China herausgebildet. Diese antichinesische Propaganda ist arrogant und geht auf Traditionen der Kolonialherrschaft zurück.

China hat seit 200 Jahren keine Kriege geführt, wurde aber abwechselnd von Großbritannien, Frankreich (Opiumkriege im 19. Jahrhunderts), später zusätzlich vom kaiserlichen Deutschland und den USA (Niederschlagung des Volksaufstandes um 1900) und danach von Japan mit grausamen Kriegen überzogen.

Dieses permanente Opfer imperialistischer Politik wird nun von den Tätern, den früheren Kolonialmächten, angeprangert. Das führt zu absurden Behauptungen, zum Beispiel derjenigen, die ‚Neue Seidenstraße‘ wäre ein Ausdruck der Aggressivität Chinas. Als ob es nicht Jahrhunderte lang den kolonialen Merkantilismus Europas und der USA gegeben hätte.

In Bezug auf die sozialen Menschenrechte ist der Aufstieg Chinas von einem der ärmsten Entwicklungsländer zu einem Technologieführer, der auch der ärmeren Bevölkerung zu relativem Wohlstand verhilft, eine Erfolgsgeschichte, die wir anerkennen sollten. Die politischen Menschenrechte, auf die sich im Westen die Menschenrechtsdebatte begrenzt, sind in China sehr eingeschränkt, aber das zu ändern ist das Problem der 1,3 Milliarden Chinesen selbst.

Der Glaube an die moralische Überlegenheit des Westens macht uns blind für die Fälle von Korruption, unsittlicher Einmischung und militärischen Verbrechen unterschiedlicher Art, die wir selbst oder unsere Verbündeten begehen. Wir sind von Osten her weder von herzlichen Freunden noch von unberechenbaren Feinden umzingelt, sondern von Gesellschaften, die anders fehlbar sind als wir. Die aufgemöbelten Feindbilder haben wir jedenfalls selbst produziert.“

Prof. Dr. Olaf Weber: Die westliche Arroganz ist ein koloniales Erbe, 16.08.2021, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336903/unsere-arroganz-ist-ein-koloniales-erbe-olaf-weber-2021.pdf>

⁹⁹ Nur dann werden wir dem in der NSS formulierten Anspruch gerecht: „Die Bundesregierung wird ihre globalen Partnerschaften gezielt ausbauen, um bessere und nachhaltige Angebote machen zu können. Hierbei strebt sie faire, respektvolle und langfristige Zusammenarbeit unter souveränen und gleichberechtigten Partnern an.“, Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Juni 2023, S. 42

¹⁰⁰ siehe *Sicherheit neu denken: Zielperspektive Internationale Polizei und Realisierungsaspekte*, 2023, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/307926/zielperspektive-ip-becker-et-al.-2022.pdf>, in: Dirk-M. Harmsen, Stefan Maaß, Horst Scheffler, Theodor Ziegler (Hg.): Weltinnenpolitik und Internationale Polizei. Neues Denken in der Friedens- und Sicherheitspolitik, 2023, 233 Seiten, <https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/literatur-sprach-und-kulturwissenschaften/interdisziplinaere-geisteswissenschaft/57967/weltinnenpolitik-und-internationale-polizei>

¹⁰¹ tagesschau.de: Scholz im EU-Parlament. "Europa trägt globale Verantwortung", <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336640/scholz-im-eu-parlament-partnerschaften-auf-augehoehe-2023.pdf>

¹⁰² siehe https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_00-245200

¹⁰³ Prof. Dr. Reinhard Wolf: Respekt. Ein unterschätzter Faktor in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 15:1 (2008), S. 5-42, https://www.fb03.uni-frankfurt.de/42418662/Publikationen_von_Prof_Dr_Reinhard_Wolf

¹⁰⁴ Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Zusammenfassung, Juni 2023, S. 24

¹⁰⁵ siehe <https://www.un.org/en/common-agenda> und New agenda for Peace <https://dppa.un.org/en/a-new-agenda-for-peace> (aufgerufen am 07.11.2023)

¹⁰⁶ siehe <https://goodlife.leeds.ac.uk/atmospheric-appropriation/>

¹⁰⁷ Zitate aus Focus online: Für die Klimakrise schulden wir dem globalen Süden 170 Billionen US-Dollar, 9.6.2023, https://www.focus.de/wissen/natur/klimawandel-wir-schulden-dem-globalen-sueden-170-billionen-us-dollar_id_195811707.html (aufgerufen am 25.7.2023)

¹⁰⁸ https://www.wz.de/specials/politik/europawahl/timmermans-aussoehnung-mit-afrika-steht-vor-migrations-gespraechen_aid-38638227

¹⁰⁹ siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/russland-afrika-104.html> (aufgerufen am 27.7.2023)

¹¹⁰ siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Kniefall_von_Warschau

¹¹¹ siehe Initiative *Sicherheit neu denken*: Der Krieg in der Ukraine: Auch Folge mangelnder Konfliktsensibilität? Für eine entschlossene und besonnene Reaktion auf Putins Krieg. Impulse für zivile Lösungswege. 19.3.2022, S. 12 ff., <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/273132/snd-impulse-fuer-eine-entschlossene-und-besonnene-reaktion-auf-putins-krieg-19.03.2022.pdf> sowie darin Wolfgang Richter, Der Westen trägt eine Mitverantwortung für die Ukraine-Krise, bpb, 05.09.2016, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/innerstaatliche-konflikte/233440/meinung-der-westen-traegt-eine-mitverantwortung-fuer-die-ukraine-krise/> sowie Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld: Sicherheitsvereinbarungen und Rüstungskontrolle müssen wiederbelebt werden, SWP-Aktuell 2022/A 11, 11.02.2022, <https://www.swp-ber-lin.org/publikation/ukraine-im-nato-russland-spannungsfeld>

¹¹² Livestream-Aufnahme auf <https://www.youtube.com/watch?v=VPnlt-PmnMY&t=1s> (aufgerufen am 14.7.2023)

¹¹³ siehe Wolfgang Richter: Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld, Stiftung Wissenschaft und Politik Aktuell 2022/A 11, 11.02.2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-im-nato-russland-spannungsfeld> (aufgerufen am 25.7.2023)

¹¹⁴ siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Klimagerechtigkeit>

¹¹⁵ Letztlich hilft zum Abbau asymmetrischer Kriegsführung im Cyberraum durch China, Russland und andere Staaten nur deren internationale Behandlung auf Augenhöhe und das Aufbauen neuen internationalen Vertrauens als Grundlage entsprechend auch umgesetzter Vereinbarungen zur Gewährleistung der Cyber-Sicherheit. Auch zur Kontrolle der Künstlichen Intelligenz benötigen wir internationale Kooperation. Siehe Generalleutnant a. D. Kersten Lahl, Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik: „(...) als Versuch einer Problemlösung bleibt wohl nur (...), die Attraktivität [der KI für militärische Zwecke] zu versuchen zu schmälern. (...) Es ist vor allem ein verdammt dickes Brett. Denn dazu brauchen wir eine neue Sicherheitskultur. Wir brauchen ein neues Verständnis im internationalen Bereich, ein neues Verständnis gemeinsamer Sicherheit, um die Gefahren für alle beherrschen zu können. Das klingt, das weiß ich sehr wohl, wie ein Weckruf, und es klingt noch futuristischer vielleicht als die KI selbst. Aber es ist vielleicht unser einzig gangbarer Weg in die Zukunft.“, <https://www.youtube.com/watch?v=jh8eK6ZkM0E&feature=youtu.be> (ab Minute 26, aufgerufen am 25.7.2023)

¹¹⁶ siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Wahrheits- und_Vers%C3%B6hnungskommission

Otto Scharmer weist darüberhinausgehend darauf hin, dass „viele der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit darauf hinauslaufen, wie wir kollektive Muster des Nichtwahrnehmens aufgreifen und verändern können. Die Erhellung der drei blinden Flecken — nicht sehen, nicht fühlen, nicht handeln — bietet entscheidende Ansatzpunkte für Interventionen.“, in: Putin und die Kraft des kollektiven Handelns aus einem erweiterten Bewusstsein: Eine 10-Punkte-Meditation über unseren gegenwärtigen Moment, <https://medium.com/@antaresreisky/putin-und-die-macht-des-kollektiven-handelns-aus-einem-geteilten-gewahrsein-eine-7e09867597f6> (aufgerufen am 14.7.2023)

Gerald Hüther zeigt Wege auf, wie die kulturellen Spannungen zwischen Westeuropa und Russland überwunden werden könnten: <https://www.youtube.com/watch?v=LTT4fpq1BY> (aufgerufen am 14.7.2023)

¹¹⁷ tagesschau.de: Amnesty wirft Westen Doppelmoral vor, 28.03.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/amnesty-kritisiert-westliche-doppelmoral-101.html>

¹¹⁸ Prof. Dr. Olaf Weber: Die westliche Arroganz ist ein koloniales Erbe, 16.08.2021, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336903/unsere-arroganz-ist-ein-koloniales-erbe-olaf-weber-2021.pdf>. Allein die meist unter Führung oder Beteiligung der USA geführten Post 9/11-Kriege haben einer Studie zufolge zu 4,5 bis 4,7 Millionen direkten und indirekten Toten geführt, siehe <https://watson.brown.edu/costsofwar/papers/2023/IndirectDeaths> (aufgerufen am 20.9.2023)

¹¹⁹ Nach herrschender Meinung wird der Irakkrieg als ein Bruch des Verbots eines Angriffskrieges in der UN-Charta und somit als völkerrechtswidrig bewertet, siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Irakkrieg>.

„Die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats vom 17. März 2011, die den Weg zur militärischen Intervention in Libyen freigab, und Maß und Ziel dieser Intervention selbst überschritten die Grenzen des Völkerrechts. Nicht einfach nur die Grenzen positiver Normen – das geschieht im Völkerrecht oft und gehört zum Motor seiner Entwicklung. Sondern die seiner Fundamente: der Prinzipien, auf denen jedes Recht zwischen den Staaten beruht. Die Entscheidung der Bundesregierung, der Resolution nicht zuzustimmen, war richtig. Die empörte Kritik daran ist so kurzfristig und fahrlässig wie die Entscheidung des Sicherheitsrats und die Art der Intervention selbst: kurzfristig im Ausblenden wesentlicher Voraussetzungen der Situation in Libyen, fahrlässig im Hinblick auf die Folgen dieses Kriegs für die Normenordnung der Welt.“ Reinhard Merkel: Die Militärintervention gegen Gaddafi ist illegitim, FAZ 22.03.2011, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/voelkerrecht-contre-buergerkrieg-die-militaerintervention-gegen-gaddafi-ist-illegitim-1613317.html> (aufgerufen am 14.7.2023)

„Nach den Regelungen der Charta der Vereinten Nationen (UN) ist ausschließlich der UN-Sicherheitsrat befugt, militärische Zwangsmaßnahmen gegen einen Staat zu verhängen. Für den NATO-Einsatz lag kein UN-Beschluss vor, da Russland einer militärischen Intervention nicht zustimmte. Viele Völkerrechtler (Simma, Cassese, Hilpold) sind der Ansicht, dass die NATO dem in Artikel 2 Abs. 4 der UN-Charta formulierten Gewaltverbot zuwidergehandelt habe und der Angriffskrieg gegen Jugoslawien somit völkerrechtswidrig gewesen sei.“, https://de.wikipedia.org/wiki/Kosovo-krieg#Rechtliche_Beurteilung

Im Jugoslawien-Krieg habe er selbst gegen das Völkerrecht verstoßen, betonte Alt-Bundeskanzler Schröder am 9.3.2014, <https://www.merkur.de/politik/krim-krise-altkanzler-schroeder-kritisiert-ukraine-politik-zr-3405895.html> (aufgerufen am 14.7.2023)

Der Ex-Premier der Tschechoslowakei, Jiří Paroubek, erinnert in einem Interview eindrücklich, wie die NATO-Bomben auf die zivile Infrastruktur in Belgrad aus westlicher Sicht selbstverständlich kriegslogisch gerechtfertigt waren, während ein ähnliches Verhalten Präsident Putins in der Ukraine als Kriegsverbrechen eingestuft wird: 5.12.2022, <https://globalbridge.ch/ex-cz-premier-jiri-paroubek-erinnert-an-die-nato-bomben-auf-belgrad-als-perfektes-vorbild-fuer-putins-bombardierungen/> (aufgerufen am 14.7.2023)

Am 31. Oktober 2001 veröffentlichte die Online-Ausgabe des SPIEGEL ein Interview "Dieser Krieg ist illegal" mit dem renommierten US-Völkerrechtler Francis Boyle zum US-Angriff auf Afghanistan. Boyle verteidigte u.a. den Staat Bosnien-Herzegowina vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag. Das SPIEGEL-Interview führte Christoph Schult. Francis Boyle stellt gleich zu Beginn des Interviews klar, dass das bestehende Völkerrecht durchaus in der Lage sei, die Terroranschläge von New York und Washington zu beurteilen. Mit den Terrorangriffen sei "eindeutig die Montreal-Konvention von 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt verletzt" worden, die neben den USA und Afghanistan von über 150 weiteren Staaten unterzeichnet worden sei. "Dieses Abkommen bietet einen exzellenten juristischen Rahmen, um auf diese Anschläge zu reagieren." Obwohl die Anschläge vom 11. September besonders "schrecklich" waren in der Zahl der Opfer, käme das Völkerrecht mit ihnen durchaus "zurecht". Grundsätzlich existiere das Problem nämlich schon seit den 60er Jahren. Voraussetzung sei allerdings, dass man die Anschläge "als terroristische Aktionen" einstufe. "Wenn wir sie dagegen als Kriegsakt bezeichnen, geben wir Kriminellen eine Würde, die ihnen normalerweise nicht zuteilwürde." Auch auf eine nochmalige Nachfrage des Interviewers betont Boyle: "Das waren eindeutig terroristische Akte, wie sie im amerikanischen Gesetz definiert sind.", <https://www.spiegel.de/politik/ausland/us-voelkerrechtler-dieser-krieg-ist-illegal-a-164785.html> (aufgerufen am 14.7.2023)

¹²⁰ siehe <https://www.ippnw.de/atomwaffen/artikel/de/bundesministerin-baerbock-unterstuet.html> (aufgerufen am 17.9.2023)

¹²¹ Gideon Levy, Tageszeitung Haaretz, im Tagesthemen-Interview am 7.11.2023, <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1269928.html> (aufgerufen am 12.11.2023)

¹²² Die USA erkennen wie Russland und China den IStGH nicht an. Auch Deutschland erkennt den IStGH in Den Haag bisher nur eingeschränkt an. Deutsche Soldat*innen im Auslandseinsatz sind von der Gerichtsbarkeit des IStGH ausdrücklich ausgenommen. Mit der Begründung, diese Gerichtsbarkeit sei in Deutschlands selbst ausreichend gewährleistet. Siehe DLF: Der Internationale Strafgerichtshof und der Kompromiss im UN-Sicherheitsrat, 15.07.2002, <https://www.deutschland-funk.de/der-internationale-strafgerichtshof-und-der-kompromiss-im-100.html> (aufgerufen am 28.7.2023). Doch diese Begründung nehmen natürlich gern auch andere Länder für sich in Anspruch, denen wir die Nicht-Anerkennung des IStGH vorwerfen. Ein weiteres Beispiel westlicher Doppelmoral.

Unabhängig davon stellt sich natürlich die Frage, ob wir als kapitalistischer Westen überhaupt in der Lage sind, unser Verhalten zu ändern. Der Kapitalismus benötigt systematisch die Ausdehnung seines ökonomischen Einflussgebiets, das politisch und eben auch militärisch gegen Konkurrenten abgesichert werden muss.

¹²³ Unsere westliche Demokratie funktioniert allerdings bisher nur innerhalb des reichen globalen Nordens und wird auch hier zunehmend von Rechtspopulist*innen und rechtsextremen Kräften untergraben. Unser westliches Demokratiemodell braucht zugleich die autoritären Staaten des globalen Südens, die oft eine Fassadendemokratie aufrecht erhalten, die vom Westen aus Eigeninteresse gestützt wird. Wird in Ländern des globalen Südens eine Demokratie mit sozialistischen Zügen gewählt, wird dies vom Westen bisher unterbunden, weil das unseren eigenen Wirtschaftsinteressen entgegenläuft (siehe z.B. die Zerschlagung der iranischen Demokratie durch den CIA 1953).

¹²⁴ Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Juni 2023, S. 7 und 11-12

¹²⁵ Die positiv klingenden Formulierungen der NSS

„Internationale Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts - Wir sind entschlossen, die Prinzipien einer regelbasierten internationalen Ordnung mit starken Vereinten Nationen in ihrem Zentrum gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern weltweit zu verteidigen und durchzusetzen:

- » Rechte und Regeln, die alle Staaten gleichermaßen schützen und verpflichten;
- » souveräne Gleichheit aller Staaten;
- » friedlicher Interessenausgleich und Konfliktvermeidung;

- » multilaterales Zusammenwirken zum Wohle der Menschheit und zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen;
 » freie Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschrieben;
 » Förderung menschlicher Entwicklung in allen Teilen der Welt im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

... In der EU und zusammen mit unseren transatlantischen und globalen Partnern stellen wir den Versuchen, Einflussphären zu etablieren, das positive Modell einer freien internationalen Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts entgegen.“

entspringen dem entgegen jedoch nach wie vor einem ausschließlich westlichen Verständnis einer internationalen Ordnung, die weder kritisch die bisherige Etablierung von Einflussphären auch durch westliche Staaten benennt noch die Notwendigkeit einer neuen Aushandlung eines allseits geteilten Verständnisses einer neuen internationalen Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts betont: Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Zusammenfassung, Juni 2023, S. 48-49

¹²⁶ Dazu Edward Snowden: "Die Versuche gewählter Amtsträger, dem Journalismus die Legitimation abzusprenken, sind durch einen schonungslosen Angriff auf das Prinzip der Wahrheit befördert und begünstigt worden. Tatsachen und Verfälschungen werden absichtlich vermischt, unterstützt von Technologien, die es schaffen, diese Melange zu einem beispiellosen globalen Durcheinander aufzublähen. Ich kenne diesen Prozess so genau, weil das Herstellen von Unwahrheit schon immer die dunkelste Seite der Geheimdienste war." In: Edward Snowden: Permanent Record. Meine Geschichte, Frankfurt/M. 2019, S. 16 f.

¹²⁷ Der Fall Julian Assange ist ein klares Signal an regierungskritische Presse. Siehe: UN-Sonderberichterstatter zum Fall Assange: „Man hat mir die Zusammenarbeit systematisch verweigert“. Nils Melzer im Gespräch mit Michael Borgers, 21.04.2021. Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/un-sonderberichterstatter-zum-fall-assange-man-hat-mir-die-100.html>

¹²⁸ Anna Biselli: Journalist:innen und Quellen zu wenig geschützt. Viele Faktoren können die Bedingungen für Medienschaffende beeinflussen: Restriktive Gesetze, mangelnde Auskunftsrechte, Gewalt auf Demonstrationen. In Deutschland hat sich die Situation laut einer Rangliste von Reporter ohne Grenzen erneut verschlechtert, 3.5.2022, Netzpolitik. Quelle: <https://netzpolitik.org/2022/rangliste-der-pressefreiheit-journalistinnen-und-quellen-zu-wenig-geschuetzt/>

¹²⁹ Studien belegen: Die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen trägt dazu bei, dass diese nachhaltiger werden. Das Graduate Institute in Genf analysierte z.B. 40 Friedensprozesse und kam zu dem Schluss, dass Vereinbarungen eher erreicht und umgesetzt werden, wenn Frauen einen großen Einfluss auf vorhergehende Friedensverhandlungen hatten. Friedensvereinbarungen sind um mehr als 60 Prozent erfolgreicher, wenn Frauenorganisationen und andere Vertreterinnen der Zivilgesellschaft aktiv und effektiv daran teilnehmen. Siehe https://www.giz.de/de/downloads/giz2020_de_factsheet_starke_frauen_fuer_langanhaltenden_frieden.pdf sowie <https://dgvn.de/meldung/praktisch-ausgeschlossen-die-beteiligung-von-frauen-in-friedensverhandlungen>

¹³⁰ Die NSS formuliert zwar ganz ähnlich: „Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, multilaterale Strukturen zur Lösung globaler Herausforderungen zu stärken und somit einer neuen Blockbildung entgegenzuwirken.“, verfehlt jedoch durch die Fortsetzung des dem entgegenwirkenden NATO-Paradigmas entsprechende Umsetzungsschritte: Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Juni 2023, S. 50

„Grundsätzlich unterscheiden sich Systeme kollektiver, kooperativer Sicherheit und Systeme kollektiver Verteidigung (Bündnisse wie die NATO), da sie auf zwei entgegengesetzten Grundkonzeptionen von Sicherheitspolitik beruhen. Verteidigungsbündnisse richten sich auf das Ziel der Erreichung eigener militärischer Sicherheit durch die Stärke des eigenen Militärbündnisses. Ein „System kollektiver Sicherheit“ ist – anders als ein Militärbündnis wie die NATO (oder wie früher die Warschauer-Pakt-Organisation) – auf prinzipielle Universalität im Sinne des Einschlusses potenzieller Aggressoren angelegt. Dieser fundamentale Unterschied zeigt sich sehr deutlich etwa bei der NATO. Sie steht eben, anders als etwa die UNO, nicht jedem Beitrittswilligen offen, der die im NATO-Vertrag verankerten Ziele anerkennt. Auch viele andere VölkerrechtlerInnen haben darauf bis heute – im Kern übereinstimmend – immer wieder zutreffend hingewiesen: ‚Kollektive Sicherheit und Bündnisse widersprechen sich grundsätzlich.‘

Die Grundkonzeption kollektiver Sicherheit erstrebt hingegen innerhalb der internationalen Rechtsordnung die gemeinsame Sicherheit aller involvierten Staaten auf regionaler oder globaler Ebene – einschließlich des potenziellen Gegners. Sie gründet die eigene Sicherheit primär gerade nicht auf der eigenen Stärke, also der relativen Schwäche und Unterlegenheit des potenziellen Gegners, sondern verankert sie in der wechselseitigen und damit gemeinsamen/kollektiven Sicherheit. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass die eigene Sicherheit jedenfalls im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen und des „Gleichgewichts des Schreckens“ notwendigerweise zugleich auf der Sicherheit des potenziellen Gegners beruht.

Drittens – und dies ist ein weiterer gravierender Unterschied zu einem kollektiven Sicherheitssystem – enthält ein Verteidigungsbündnis für den Fall eines von einem eigenen Mitgliedsstaat begangenen Aggressionsaktes keine verbindlichen internen Konfliktregelungsmechanismen.“

siehe auch weitergehend: Dieter Deisenroth: „Fundamentale Differenz. Ist die NATO ein Verteidigungsbündnis oder ein »System gegenseitiger kollektiver Sicherheit«?“, in: Wissenschaft & Frieden Heft 1/2009, S. 12-16, <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/fundamentale-differenz/> (aufgerufen am 31.7.2023), gekürzt veröffentlicht unter dem Titel „Die NATO: Verteidigungsbündnis oder ‚System gegenseitiger kollektiver Sicherheit‘? – Plädoyer für ein Ende der Begriffsverwirrung“ in der Zeitschrift Friedensforum 4/2016, <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/die-nato-verteidigungsbuendnis-oder-system> (aufgerufen am 31.7.2023)

¹³¹ siehe aktuell im Ukraine-Krieg: https://www.trigon.at/wp-content/uploads/2022/04/Glasl_Konfliktodynamik-Friedenschancen-Ukraine_2022-03-24.pdf <https://www.youtube.com/watch?v=qOXmlyY4LAc>

¹³² siehe <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/164862/menschliche-sicherheit/>

¹³³ siehe *Sicherheit neu denken: Zielperspektive Internationale Polizei und Realisierungsaspekte*, 2023, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/307926/zielperspektive-ip-becker-et-al.-2022.pdf>, in: Dirk-M. Harmsen, Stefan Maaß, Horst Scheffler, Theodor Ziegler (Hg.): Weltinnenpolitik und Internationale Polizei. Neues Denken in der Friedens- und Sicherheitspolitik, 2023, 233 Seiten, <https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/literatur-sprach-und-kulturwissenschaften/interdisziplinaere-geisteswissenschaft/57967/weltinnenpolitik-und-internationale-polizei>

¹³⁴ Zur Definition Gemeinsamer Sicherheitsstrukturen siehe Kapitel 11.

¹³⁵ Rüdiger Lüdeking hat darauf hingewiesen, dass bereits 1997 eine Reihe prominenter amerikanischer Politiker sowie Sicherheits- und Militärexperten die NATO-Osterweiterung als verhängnisvollen Fehler bezeichnet haben: „Darunter so integre, einer Beschwichtigung gegenüber Russland nicht verdächtige Persönlichkeiten wie der ehemalige Verteidigungsminister Robert McNamara, Senator Sam Nunn und der langjährige Abrüstungsverhandler Paul Nitze. Nahezu prophetisch wirkt heute die Einschätzung des amerikanischen Diplomaten und Historikers George F. Kennan, der als Urheber der von den USA seit 1947 während des Kalten Kriegs verfolgten Containment-Politik „zur Eindämmung des sowjetischen Imperialismus“ gilt. Er bezeichnete 1997 die Nato-Erweiterung als ‚verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg‘ und führte hierzu begründend aus, dass ‚diese Entscheidung erwarten lasse, dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden; dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, dass sie die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen Osten und Westen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in Richtungen zwingen, die uns entschieden missfallen werden.“

Von Russlandverstehern, kalten Kriegern und Realpolitik, Cicero, 27.12.2021, <https://www.cicero.de/aussenpolitik/nato-erweiterung-von-russlandverstehern-kalten-kriegern-und-realpolitik>

Auch mit der konflikt-unsensiblen raschen Anerkennung der Loslösung Kroatiens und Sloweniens aus dem jugoslawischen Staat vermeinte der Westen in den 1990er Jahren auf dem Balkan Sicherheit zu generieren. Stattdessen kam es zu den Balkan-Kriegen, da auf dem Balkan kein inklusives Sicherheitssystem aufgebaut wurde, sondern Spaltungen zwischen den Jugoslawien-Nachfolgestaaten befördert wurden. Zur Rolle der deutschen Anerkennungspolitik gegenüber Slowenien und Kroatien siehe <https://www.youtube.com/watch?v=e8-96zGbXTQ>

¹³⁶ siehe Clemens Ronnefeldt: Es begann mit einer Lüge: Kosovo-/Jugoslawienkrieg 1999, <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/es-begann-mit-einer-luege-kosovo>, sowie gleichlautend: WDR: <https://www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRIXMNU>

¹³⁷ Entsprechend militärischer Kriegslogik hat 1999 auch die NATO 1999 massiv zivile Infrastruktur anaufgerufen, wie der ehemalige Ministerpräsident Tschechiens erinnert: „Lassen Sie mich 23 Jahre in die Vergangenheit zurückgehen, was die Zerstörung der Energie-Infrastruktur durch russische Raketen betrifft. Damals führten die Luftstreitkräfte der NATO-Länder (vor allem die US-Luftwaffe) „humanitäre Bombenangriffe“ auf Jugoslawien durch, wie Präsident Václav Havel es extrem unpassend formulierte. Der damalige NATO-Sprecher J. Shea äußerte sich nach Beginn der massiven Luftangriffe auf die jugoslawische (serbische) elektrische Infrastruktur Anfang Mai 1999 wie folgt: ‚Die Tatsache, dass in 70 Prozent des Landes die Lichter ausgegangen sind, zeigt, dass die NATO jetzt den Finger auf dem Schalter hat‘ Es sei daran erinnert, dass während dieser NATO-Operation gegen Jugoslawien auch Kraftwerke bombardiert wurden. Dazu gehörte auch das größte, nach Nikola Tesla benannte Kohlekraftwerk bei Belgrad, das die Hauptstadt mit Strom versorgte. Damals kommentierte NATO-Sprecher Jamie Shea den Verlauf der Operation so: ‚Wir können den Strom abschalten, wann immer wir müssen und wann immer wir wollen‘. Und auf einer Pressekonferenz in Brüssel am 25. Mai 1999 verteidigte NATO-Sprecher Shea diese Art der Kriegsführung als notwendig und legitim. Auf die Frage einer norwegischen Nachrichtenagentur, warum die NATO mit ihren Bombenangriffen 70 Prozent der serbischen Bevölkerung der Strom- und Wasserversorgung beraubt habe, antwortete Shea: ‚Leider werden mit Strom auch Kommando- und Kontrollsysteme betrieben. Wenn Präsident Milosevic wirklich will, dass sein Volk Wasser und Strom hat, dann muss er nur die fünf Bedingungen der NATO akzeptieren, und wir werden diese Kampagne beenden. Solange er das nicht tut, werden wir weiterhin Ziele angreifen, die seine bewaffneten Streitkräfte mit Strom versorgen, was Auswirkungen auch auf die Zivilbevölkerung haben wird.‘“; <https://globalbridge.ch/ex-cz-premier-jiri-paroubek-erinnert-an-die-nato-bomben-auf-belgrad-als-perfektes-vorbild-fuer-putins-bombardierungen/>

¹³⁸ siehe https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966 sowie https://www.youtube.com/watch?v=F0_0WqUuh9E

¹³⁹ Common Security Report 2022 S. 10, https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/278849/commonsecurity_report_2022_de.pdf

¹⁴⁰ Zur Reform der UNO hat Prof. Klaus Moegling zahlreiche solcher internationalen Initiativen zusammenggetragen: Klaus Moegling: Neuordnung. Eine friedliche und nachhaltig entwickelte Welt ist (noch) möglich, 2023, <https://www.klaus-moegling.de/aktuelle-auflage-neuordnung/>

¹⁴¹ Weitere Vorschläge siehe António Guterres: Our Common Agenda. Policy Brief 9. A New Agenda for Peace, UNO Juli 2023, <https://dppa.un.org/en/a-new-agenda-for-peace> (aufgerufen am 31.7.23)

¹⁴² Kevin Rudd ist wie kaum ein Zweiter kompetent, wenn es darum geht, die Innensichten von China und Taiwan in ein Verhältnis zu bringen. Er hat Sinologie studiert, sowohl in Amerika wie in China gelebt (und in Taiwan) und hatte durch seine Regierungsämter Gelegenheit, ausführlich mit hochrangigen Politikern beider Länder zu sprechen, allein mit Xi Jinping insgesamt zehn Stunden, bei sechs verschiedenen Treffen. Nach Rudds Rücktritt 2013 schrieb er in Oxford eine Doktorarbeit über „Xi Jinping’s Worldview“. Heute ist er Präsident der „Asia Society“ in New York. Siehe auch Mark Siemons: Ist ein Krieg noch zu vermeiden?, FAZ, 14.8.2022, <https://zeitung.faz.net/fas/feuilleton/2022-08-14/ca763e1a7bf2d8121ed7de6eb56ac602/?GEPC=s5> (aufgerufen am 6.9.2023)

¹⁴³ siehe Kevin Rudd: „Der vermeidbare Krieg“. Die Gefahr eines -katastrophalen Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten und Xi Jinpings China. Aus dem Englischen von John-William Boer. Weltkiosk Verlag, Berlin 2023. 240 S., Rezension in der FAZ von Jörg Echternkamp: <https://zeitung.faz.net/faz/literatur/2023-10-14/aa1c5888c2e7c3fc0da0960c72a692fa/?GEPC=s5> (aufgerufen am 16.10.2023)

¹⁴⁴ Mark Siemons: Ist ein Krieg noch zu vermeiden?, FAZ, 14.8.2022, <https://zeitung.faz.net/fas/feuilleton/2022-08-14/ca763e1a7bf2d8121ed7de6eb56ac602/?GEPC=s5> (aufgerufen am 6.9.2023)

¹⁴⁵ siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Ein-China-Politik>

¹⁴⁶ Zur Politik der „Fünf Nein“ und zum Taiwan-Konflikt insgesamt siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Taiwan-Konflikt>

¹⁴⁷ Wie der Krieg in der Ukraine beendet wird, hat großen Einfluss auf die künftigen internationalen Beziehungen. Für eine konstruktive Lösung braucht es die Beteiligung aller direkten und indirekten Akteure. Gelingt es z.B., über Verhandlungen eine stabile friedliche Zone für die Ukraine und alle Anrainerstaaten zwischen Russland und den NATO-Mitgliedsstaaten zu bilden, werden Rüstungsbegrenzungen und der Umstieg von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik leichter möglich. Dann wäre diese Krise eine Chance.

¹⁴⁸ Der überzeugendste Hinweis für die Sinnlosigkeit der Afghanistan- und Irak-Kriege ist die Zahl von 130.000 (!) US-Soldat*innen, die sich nach ihrer Rückkehr aus den Kriegseinsätzen in Afghanistan und im Irak seit 2001 in den USA selbst getötet haben – zusätzlich zu den zigtausenden Soldat*innen und Zivilist*innen die in diesem Krieg selbst getötet wurden: *"Wir müssen aus un-seren Fehlern lernen. 18 Veteranen pro Tag haben sich ihr Leben genommen seit dem Beginn des Krieges."* US-Präsident Joe Biden, Fernsehansprache am 31.08.2021, <https://www.welt.de/politik/ausland/video233478298/US-Praesident-Abzug-aus-Afghanistan-Joe-Biden-wendet-sich-mit-Rede-an-die-Nation.html> (aufgerufen am 28.7.2023)

¹⁴⁹ vergl. insb. die META-Review des BMZ zu Afghanistan: Christoph Zürcher, Meta-Review of Evaluations of Development Assistance to Afghanistan, 2008 – 2018, Chapeau Paper März 2020, <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=198198>

¹⁵⁰ Die NSS weist hier – den Worten nach, noch nicht in ihrer tatsächlichen politischen haushalterischen Prioritätensetzung – bereits in die richtige Richtung: *„Anspruch der Bundesregierung ist es, in allen Phasen eines Konflikts politische Prozesse zu dessen Lösung zu fördern und mit Hilfe unserer Instrumente Anreize für Ausgleich und Versöhnung zu setzen. Dabei setzen wir zuvorderst auf Prävention, indem wir die strukturellen Ursachen von Konflikten angehen und friedensfördernde Akteure stärken. Die Bundesregierung übernimmt Verantwortung für internationales Krisenengagement im Rahmen ihrer Bündnisse und der internationalen Organisationen.“*, Die Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Zusammenfassung, Juni 2023, S. 50

¹⁵¹ In Deutschland wird das Konzept Sozialer Verteidigung bereits in Modellregionen erprobt, siehe <https://wehrhaftohneaffen.de/>

¹⁵² Stellungnahme aus der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung vom 17.02.2022: Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt, <https://pzkb.de/fuer-konsequent-friedenslogisches-handeln-im-ukraine-konflikt/>, (aufgerufen am 14.7.2023)

¹⁵³ Mehr unter <https://nuclearban.de/>

¹⁵⁴ Diese Entwicklung kann und muss bereits im Hintergrund auch während des laufenden Ukrainekriegs vorbereitet werden. Siehe dazu u.a. Dr. Christine Schweitzer: „NATO-Ukraine-Russland: Situation und Auswege aus der Sackgasse“ mit zahlreichen konkreten Vorschlägen, die zur friedlichen Überwindung der Krise von verschiedenen Seiten gemacht worden sind: https://www.soziale-verteidigung.de/system/files/infoblatt_ukraine Krise_08022022_web.pdf sowie Martina Fischer, 2023, <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/523379/wie-ist-dieser-krieg-zu-deeskalieren-und-zu-beenden-teil-2/> (aufgerufen am 14.7.2023)

¹⁵⁵ Ralf Becker, Stefan Maaß, Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.], *Sicherheit neu denken*. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik - Ein Szenario bis zum Jahr 2040, Evangelische Landeskirche in Baden 2018, <https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/unsere-szenario/>

¹⁵⁶ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/international/>.

Bildnachweis

- S. 6: NATO
- S. 10: Katarina Marej
- S. 11/1 dpa/Tim Brakemeier, S. 11/2: pzkb.de
- S. 14: Agentur ProfiPress
- S. 17: pexels.com akil mazumbder
- S. 19: pexels.com porapak apichodilok
- S. 21: pexels.com cytonn photographie
- S. 24: pexels.com cup of couple
- S. 27: miniseries
- S. 32: AFP

**Dieses Impulspapier wurde von folgenden Mitgliedern
des Koordinierungskreises der Initiative Sicherheit neu denken verfasst:**

Ralf Becker, Evangelische Landeskirche in Baden

Gerd Bauz, Vorstandsmitglied der Martin-Niemöller-Stiftung

Stephan Brües, Co-Vorsitzender des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV)

Maria Buchwitz, Bundesvorstandsmitglied pax christi Deutsche Sektion

Dr. med. Angelika Claußen, Co-Vorsitzende der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung
des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung (IPPNW) Deutschland

Elisabeth Freise, Vorstandsmitglied Church and Peace

Olga Goldschmidt, Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen

Tobias Horrер, Konvent an der Reformationskirche (refo moabit), Evangelische Kirche Berlin

Dr. Eberhard Müller, Beauftragter der Friedensarbeit und der EAK der Evang. Landeskirche
Württemberg

Helmut Müller, Friedensarbeit in der Evangelischen Kirche im Rheinland

Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft
- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Angelika Wilmen, Geschäftsführerin der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des
Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung (IPPNW) Deutschland

Dr. phil. Theodor Ziegler, Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche
in Baden

Andreas Zumach, Journalist und Autor

Als Sicherheit neu denken Impulspapiere sind bisher erschienen:

1. Turning the Perspective. Overcoming Helplessness. Rethinking Security Report

Februar 2022

2. Für eine entschlossene und besonnene Reaktion auf Putins Krieg“

März 2022

**3. Eckpunkte zur Verbesserung und Stärkung des vorhandenen deutschen
internationalen Polizeiangagements**

April 2022

www.sicherheitneudenken.de/impulspapiere

Grafische Übersicht der fünf Säulen Ziviler Sicherheitspolitik aus dem 2018 veröffentlichten Szenario „Sicherheit neu denken“



siehe www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision



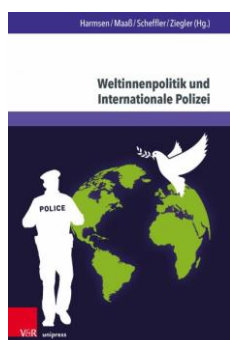
Buch „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik - Ein Szenario bis 2040“

Download

www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/downloads/ (auch als Kurzfassung)

Bestellen der Druckfassung

www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/shop-bestellen-2/



Buch „Weltinnenpolitik und Internationale Polizei“

Bestellen der Druckfassung

<https://www.sicherheitneudenken.de/veranstaltungen/fach-dialog-polizei>

Seit 2019 engagiert sich auf der Basis des Szenarios „Sicherheit neu denken“ eine Initiative für eine nachhaltige Zivile Sicherheitspolitik, die in Deutschland und Europa u.a. von folgenden Organisationen und Netzwerken getragen wird:

